

WAHLKAMPF-ENDSPURT

Tausende Plakate erinnern die Rostocker Wähler*innen daran, dass sie am 26. Mai ihrer Bürgerpflicht nachzukommen und ihre politischen Repräsentanten zu wählen haben.

Für uns in Rostock verlief der Start des Wahlkampfes nicht reibungslos. Dafür entschuldigen wir uns im Bewusstsein, dass die ohnehin schwierige Organisation des Wahlkampfes an der Basis dadurch nicht leichter wurde. Umso größer ist unser Dank, der an alle fleißigen Helfer*innen geht. Die Rostocker LINKE ist eine schlagkräftige Organisation. Bei uns ziehen alle an einem Strang, während bei anderen Parteien häufig der Ehrgeiz einzelner Kandidaten im Vordergrund steht, was einer einheitlichen Strategie im Wege steht. DIE LINKE fährt einen Wahlkampf aus einem Guss – Kommunal- und OB-Wahlkampf sind eng aufeinander abgestimmt.

FDP/CDU-Kandidat Claus Ruhe Madsen versprach einen fairen Wahlkampf. Wenn

jemand das Wort „Fairness“ so betont, muss man schon stutzig werden. Dann hingen die ersten Madsen-Plakate bereits deutlich vor der erlaubten Zeit an hunder-



Präsentation unserer Wahlplakate durch die beiden Landesvorsitzenden im April

ten Laternen und nahmen auch uns Platz weg. Auf den Plakaten betont Madsen seine Parteilosigkeit, ließ sich aber Plakate und Großflächen von FDP und CDU hängen/aufstellen. Das Konterfei Madsens ist in Rostock allgegenwärtig; die finanzi-

elle Übermacht eines Kandidaten ist ganz sicher keine gute Voraussetzung für einen „fairen Wahlkampf“. Sagen wir den Menschen, dass nicht die Anzahl der Plakate wahlentscheidend sein sollte, sondern die guten Argumente. Wenn es um politische Inhalte geht, bleibt Herr Madsen nun einmal sehr vage. Vielleicht hat er keinen Plan für Rostock, oder er verrät ihn noch nicht.

Auch die SPD ging zeitig plakatieren, wobei sie frech auf die Vorgaben der Stadt (Mindesthöhe, Abstand zu Kreuzungen) piffte und sehr wild und schlampig ihre Plakate hing. Es fällt auf, dass das SPD-Logo sehr klein geraten ist. Schämt sich da jemand für die eigene Partei?

Anders bei uns! Die Plakate der LINKEN werben offensiv und klar für die Forderungen unserer Partei. In den Wochen vor der Wahl werden wir noch weitere Plakate hängen. Wir konzentrieren uns auf unsere zwei bekanntesten Gesichter: Eva-Maria Kröger und Steffen Bockhahn.

Fortsetzung auf S. 3

FRÜHLINGSEMPFANG IN ROSTOCK

Gute Musik und interessante Gespräche in schönem Ambiente gab es auf dem Frühlingsempfang des LINKE-Landesverbandes im Volkstheater Rostock – ein spannender Auftakt für den anstehenden Kommunalwahlkampf. Unter anderem sprach Oberbürgermeisterkandidat Steffen Bockhahn über seine Vorstellungen für die Zukunft der Hansestadt Rostock. Simone Oldenburg informierte über die Arbeit der Landtagsfraktion. Ein Gewinnspiel brachte ein wenig Geld in die Wahlkampfkasse unserer Partei. Zu gewinnen gab es Karten für das Volkstheater.



In dieser
Ausgabe

Seite 2: Treuhand-Trauma
Seite 3: Wahlkampf
Seite 4-5: Kurt Kaiser
Seite 6-11: Kandidat*innen
Seite 12: Rotfeder

Seite 12/13: Dietmar Bartsch
Seite 14: Ostermarsch
Seite 15: Landtour
Seite 18: Sozialpolitik
Seite 20: Hochschule

Liebe Leserinnen und Leser, fühlt Ihr auch schon dieses Kribbeln im Bauch, zählt Ihr die Tage bis zum 26. Mai? Nun habe ich schon einige Wahlkämpfe mitgemacht und mich auch wissenschaftlich mit dem Thema beschäftigt, aber Prognosen würde ich trotzdem nicht abgeben. Zwar gibt es die treuen Stammwähler, die uns auch in diesem Wahlkampf wieder an den Infoständen begegnet sind, aber sie werden weniger. Immer mehr Wähler entscheiden sich kurzfristig, beeinflusst durch eine Masse unterschiedlichster Faktoren, die selbst ausgebuffte Kampagnenprofis kaum noch durchschauen können.

Die Lösung: Nicht an cleveren Wahlkampf-

strategien basteln und eine Rolle spielen, mit der man das Publikum zu gewinnen hofft. Sondern unbeirrbar für die eigene Überzeugung eintreten. Die Oberflächlichkeit vieler Menschen ist ärgerlich, aber es gibt auch viele Wähler*innen mit einem sicheren Gespür für Ehrlichkeit und Authentizität. Wir werden sehen, ob wir diese Menschen mit unseren Inhalten und Köpfen, mit unserer

Bilanz und unseren Visionen für uns gewinnen können.

Die KLARTEXT-Redaktion wünscht allen Leserinnen und Lesern viel Vergnügen bei der Lektüre dieser Ausgabe. Eines ist jedenfalls sicher: Der nächste KLARTEXT kommt bestimmt. CP



AKTUELLES

Straffreiheit für Julian Assange!

DIE LINKE. M-V protestiert gegen den Umgang mit dem Wikileaks-Gründer und investigativem Journalisten Julian Assange. Mit der Aufhebung des Asyls durch die ecuadorianische Regierung und der Inhaftierung durch britische Behörden wird unverhohlen ein Exempel gegen all jene

investigative Aktivisten statuiert, die sich der Enthüllung des konspirativen Zusammenspiels von Geheimdiensten, staatlichen Stellen und Internetfirmen widmen. DIE LINKE. M-V wertschätzt Veröffentlichungen von Whistleblowern, die dazu beitragen Demokratie zu schützen. Im Tauziehen um Assange und dem unverfrorenen Entzug des Asyls geht es um nicht mehr und nicht weniger, als um die Freiheit des Wortes und den Schutz der Demokratie.

Zugleich erinnert DIE LINKE daran, dass ohne das Wirken investigativen Journalismus der Einsatz der in Wolgast gebauten Patrouillenschiffe vor der Jemenitischen Küste, also zu Kriegszwecken, nicht öffentlich geworden wäre. Wir fordern Straffreiheit für Julian Assange und alle anderen inhaftierten bzw. mit Freiheitsentzug bedrohten Whistleblowern.



Treuhand-Trauma
ist nicht überwunden
Nachricht von Dietmar Bartsch
und Matthias Höhn, 20. April 2019

30 Jahre nach der Wende stößt die Linksfraktion im Bundestag die Einsetzung eines neuen Untersuchungsausschusses zur Treuhand an. Dafür sind mindestens zwei weitere Fraktionen notwendig.

„Das Treuhand-Trauma ist nicht überwunden. Im Gegenteil, 30 Jahre nach der Wende ist es aus unserer Sicht höchste Zeit, dass sich auch der Bundestag mit der Treuhand beschäftigt. Natürlich lässt sich die Zeit nicht zurückdrehen, aber verheerende politische Fehler, die in der Nachwendzeit gemacht wurden, müssen ans Tageslicht und von der heutigen Politik aufgearbeitet werden. Das ist auch eine Frage des Respekts gegenüber Millionen Ostdeutscher, die in dieser Zeit ihren Arbeitsplatz verloren haben“, stellt Dietmar Bartsch und weiter:

„Der Schaden, den die Treuhand angerichtet hat, ist bis heute eine wesentlich Ursache für den ökonomischen Rückstand des Ostens und für politischen Frust vielerorts. Die Treuhand ist laut einer Studie ein negativer Gründungsmythos des wiedervereinigten Landes. Wer im kommenden Jahr 30 Jahre Deutsche Einheit begehen will, muss ehrlicherweise anfangen, unter den riesigen Treuhand-Teppich zu schauen und aufzuräumen.“ Bis heute besteht eine erhebliche wirtschaftliche und soziale Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland. Eine Ursache dafür ist die Arbeit der Treuhand. Das Wirken der Treuhandanstalt war von politischen und wirtschaftlichen Skandalen und bis in die Gegenwart reichenden Folgen begleitet, die auch aufgrund bislang weitgehend unzugänglicher Akten nicht im erforderlichen Maß aufgeklärt wurden.

Ostbeauftragter Matthias Höhn erklärt: „Ohne eine schonungslose Aufarbeitung des Treuhand-Desasters der 1990er Jahre ist eine wirkliche Vollendung der Deutschen Einheit nicht möglich. Die Untersuchungsausschüsse in den 1990er Jahren waren unzureichend. Erst jetzt werden nach und nach die Akten der Treuhandanstalt zugänglich. Wir brauchen die Aufarbeitung und das parlamentarische Mittel des Untersuchungsausschusses, um maximal aufklären zu können. Nicht nur wir als Fraktion DIE LINKE, sondern viele Ostdeutsche wollen zum Beispiel auch wissen, welche konkrete Rolle die damalige Bundesregierung spielte. Die Treuhand war ja nicht losgelöst, sondern hatte einen politischen und gesetzlichen Auftrag. Was geschah mit Billigung aus Bonn? Welchen Einfluss auf konkrete Entscheidungen hat die Regierung damals genommen? In welchen Fällen wurde bewusst weggeguckt? Wo wurden Fehlverhalten und Versagen befördert oder gar angewiesen?“

WAHLKAMPF-ENDSPURT

Fortsetzung von S. 1

Nicht vergessen: Am 26.5. ist auch Europawahl. Die Umfragewerte der LINKEN sind nicht gut. Wissen die Menschen nicht, wofür unsere Partei in Brüssel und Straßburg steht? In unserem Wahlprogramm findet sich das Kapitel „Frieden“ an erster Stelle. DIE LINKE ist die einzige konsequente Friedenspartei, damit sollten wir beharrlich werben. Die EU hat ja mal den Friedensnobelpreis bekommen, dann setzen wir uns doch dafür ein, dass sie sich dieses Preises als würdig erweist: also Abbau der Konfrontation mit Russland, Senkung der Rüstungsausgaben, keine gemeinsamen Rüstungsprojekte von EU-Staaten, keine europäische Armee. Auch die SPD plakatiert das Wort „Frieden“, macht uns überhaupt mächtig Konkurrenz mit ihren Forderungen. Aber was hat die SPD konkret für den Frieden in Europa und der Welt getan? War Heiko Maas ein Friedensengel, als er sich im Venezuela-Konflikt an die Seite Trumps stellte? Die SPD verlangt eine Steuer für die großen Internetkonzerne, obwohl Olaf Scholz in genau dieser Frage mächtig auf die Bremse drückt. Die SPD fordert bezahlbare Mieten, dabei hat sie auf Landes- und kommunaler Ebene lange geschlafen und sich für eine völlig wirkungslose Mietpreisbremse feiern lassen. Die SPD plakatiert das Wort „Klimaschutz“ - aber wer regiert seit vielen Jahren im Bund mit und trägt Mitschuld am klimapolitischen Stillstand? Wir erleben also das immer gleiche Schauspiel: Vor Wahlen blinkt die SPD links, nach der Wahl biegt sie dann rechts ab. Sie verweist dann immer auf Koalitionszwänge, das mag oft der Fall sein, aber die SPD wird von rechten Politikern dominiert, vom Seeheimer Kreis, und die wollen gar keine linke Politik machen, für sie ist linke Politik nur ein Mittel, um im Wahlkampf Stimmen zu fischen. Auf diesen Betrug kann man gar nicht oft genug hinweisen, die negativen Reaktionen auf den SPD-Wahlkampf im Internet sprechen Bände.

Der Europa-WK der Linken ist ein klarer Oppositionswahlkampf; so einfach können wir es uns auf kommunaler Ebene nicht machen. Wenn wir in Rostock Missstände anprangern, werden die Bürger zurecht sagen, dass wir mit unserer Fraktion und unserem Senator quasi mitregiert haben. Nicht zufällig listen wir zu Beginn unseres Wahlprogramms eine Reihe von Erfolgen auf, die wir uns

auf die Fahnen schreiben können. Damit sollten wir sehr offensiv umgehen, weil wir damit auch das Vorurteil widerlegen, dass die LINKE eine rein populistische Partei ist; wir haben viele gute Leute in der Kommunalpolitik, auch in den Ortsbeiräten, die in den vergangenen Jahren einiges bewegen konnten.



Während vor allem SPD und Grüne viele teure Großprojekte anschieben wollen, lassen wir die Tassen im Schrank. Nicht zufällig hatten wir unseren kleinen Wahlkampfauftakt im Zoo. Nicht nur der Zoo macht Rostock zu einer lebenswerten Stadt. Wir

sollten das Bestehende stärken und ausbauen, neben dem Zoo z.B. den IGA-Park. Den Stadthafen sollten wir behutsam und gemeinsam mit den Bürger*innen entwickeln. Die Mitbestimmung der Menschen ist uns besonders wichtig. Dafür haben wir auch unsere Broschüre über Bürgerbeteiligung verteilt. Wir sollten den Menschen ruhig sagen: Hört auf zu meckern, es gibt Möglichkeiten, sich zu informieren, sich einzumischen. Dabei bieten wir uns als Partner an.

Mitbestimmung kostet Zeit. Das muss auch OB-Kandidat Madsen wissen, wenn er „Rostock bewegen“ will. Einige Großprojekte müssen in den kommenden Jahren bewältigt werden - in enger Zusammenarbeit von Verwaltung, OB und Bürgerschaft. Hat Herr Madsen die hierfür unerlässliche Erfahrung und den nötigen langen Atem? Da sind Zweifel angebracht.

Wenn ihr euch über die politischen Standpunkte unseres OB-Kandidaten informieren wollt, empfehle ich sehr Steffens Internetseite www.bockhahn.de. Er macht dort keine markigen Sprüche oder große Versprechen, sondern setzt sich sehr differenziert mit den Möglichkeiten von Kommunalpolitik auseinander; er will z.B. schnellere Baugenehmigungen, weist aber auch darauf hin, dass wir uns gleichzeitig mehr öffentliche Beteiligung wünschen - das ist dann die Quadratur des Kreises. Er verspricht nicht, alle Kleingärten zu erhalten, aber er fordert Planbarkeit für die Betroffenen und Angebote für einen neuen Garten. Steffen betont auch, dass Rostock eine Stadt des Friedens sein muss und dass er die Militarisierung der deutschen Politik sehr skeptisch sieht.

Der Ausgang der Wahl ist offen. DIE LINKE war bei der letzten Kommunalwahl die große Siegerin - den Sieg wollen wir wiederholen. Wir haben eine sehr gute Bilanz vorzuweisen, wir haben tolle Kandidaten und ein tolles Programm, und dann sollten wir im Wahlkampf auch Selbstbewusstsein und Optimismus ausstrahlen, denn wenn **wir** nicht an uns glauben, werden es die Wähler*innen auch nicht tun.

Text: Carsten Penzlin / Fotos: www.die-linke-mv.de

KURT KAISERS WAHLEMPFEHLUNG

Gedanken tau de Wahlen

Wi Rostocker sünd upförrert, an ´n 26. Mai dat Europaparlament, de Rostocker Börgerschaft un einen Oberbörgermeister tau wählen. Doran deiltaanahmen süll för jeden Wahlberechtigten normale Börgerplicht sin. Lüd, de nich tau Wahl gahn, nur schimpfen, nörgeln, un alls bärer weiten, sün dor kein Vörbild. – Nah mien Tröchkihr ut denn Krieg, heff ick intwischen 70 Jahr aktiv de Politik un denn Kurs von uns Stadt verfolgt un ok all as Stadtverordneter un in anner Funktionen hulpen. Mienen 1945 nah Kriegsgefangenschaft leisten Schwur: „Nie werrer Krieg un Faschismus!“ hett ok 74 Jahr nah de Befreiung von ´n Hitlerfaschismus noch Gültigkeit. Dorüm wähl ick för Europa un de Börgerschaft de Linken, wiel sei nich blos mit Würd, sonnern Taten för Fräden, Völkerfründschaft, Frieheit, Demokratie un soziale Gerechtigkeit instahn un Neonazismus, Utlänner- un Rassenhass bekämpfen. För dat verantwortungsvulle Amt det Stadtöbblsten bewarben sik nu Sybille Bachmann (59), Dirk Zierau (47), Uwe Flachsmeyer (51), Chris Müller-von Wrycz Rekowski (51), Steffen Bockhahn (40), un Claus Ruhe Madsen (46). Sybille Bachmann versprakt vullmundig: „Mit der Kraft der Ideen und vieler Erfahrungen trete ich an gegen die Macht des Geldes und der Parteien an, in der Hoffnung, dass die Bürger sich bei ihrer Entscheidung nicht allein von kostspieligen Werbekampagnen, Versprechen und schönen Worten leiten lassen.“

In dei Börgerschaft Funktionen hett de Rostockerin all zeigt, dat se wat kann, twiefelslos. Oewer, in söben Jahr is se ok all 66 un wür dormit ok as Oberbörgermeisterin nich mihr wählbor sin, wenn de unsinnig Beschluss: 64 Lävensjohr as Öllersgrenz, nich uphaben ward.

Mit Claus Ruhe Madsen, kandidiert as clever Geschäftsmann un IHK-Präsident, ein Däne! – Düütschland läwt mit Dänemark in fründschaftliche Nahberschaft. Un weil wi europäisch denken un ok so hanneln wollen, wier eigentlich nix gegen einen dänischen OB intauwenden, ok wenn Historiker villicht nich vergäten hem, dat König Erik VI. Menvede vör 700 Jahr Rostock denn Krieg erklärte. Trutzdem, dat nu ein Dän´ahn uns Hansestadt un dat politische un gesellschaftliche Lävnen hier richtig tau kennen, dortau wier sien Tied hier tau kort, a la „Pelle de Eroberer“ dat Rathaus besetten will, behagt mi nich. Wat för Erfrohungen hett de Geschäftsmann in kommunalpolitisch Arbeit, tau ´n Bispill in ´n Ümgang mit de Börgerschaft? – Sünd wi tau arm üm nich sülvst einen echten Rostocker för dat Amt tau repräsentieren? – Ick denk nich!

För Claus Ruhe Madsens´ OB-Wahl seih ick noch ein Problem: Dat CSU-Mitglied Manfred Weber, dat all för dat höchste Spitzenwahlamt det EU-Kommissionen-Präsidenten „hannelt“ ward, schucht sich nich, üm sien Karriere Willen, dat Regierungsprojekt Nord Stream 2 tau verraden! Hei will, wenn hei wählt ward, de

Gedanken zu den Wahlen (übersetzt aus Plattdeutsch)

Wir Rostocker sind aufgefordert, am 26. Mai das Europaparlament, die Rostocker Bürgerschaft und einen Oberbürgermeister zu wählen. Daran teilzunehmen sollte für jeden Wahlberechtigten normale Bürgerpflicht sein. Leute, die nicht zur Wahl gehen, nur schimpfen, nörgeln und alles besser wissen, sind da kein Vorbild. – Nach meiner Rückkehr aus dem Krieg, habe ich inzwischen 70 Jahre aktiv die Politik und den Kurs unserer Stadt verfolgt und auch schon als Stadtverordneter und in anderen ehrenamtlichen Funktionen geholfen. Meinen 1945 nach Kriegsgefangenschaft geleisteten Schwur: „Nie wieder Krieg und Faschismus!“ hat auch 74 Jahre nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus noch Gültigkeit. Darum wähle ich für Europa und die Bürgerschaft die Linken, weil sie nicht nur mit Worten, sondern Taten für Frieden, Völkerfreundschaft, Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit einstehen und Neonazismus, Ausländer- und Rassenhass bekämpfen. Für das verantwortungsvolle Amt des Stadtobsten bewerben sich nun Sybille Bachmann (59), Dirk Zierau (47), Uwe Flachsmeyer (51), Chris Müller-von Wrycz Rekowski (51), Steffen Bockhahn (40), und Claus Ruhe Madsen (46). Sybille Bachmann verspricht vollmundig: „Mit der Kraft der Ideen und vieler Erfahrungen trete ich gegen die Macht des Geldes und der Parteien an, in der Hoffnung, dass die Bürger sich bei ihrer Entscheidung nicht allein von kostspieligen Werbekampagnen, Versprechen und schönen Worten leiten lassen.“



In der Bürgerschaft hat die Rostockerin schon gezeigt, dass sie etwas kann, zweifelslos. Aber, in sieben Jahren ist sie auch schon 66 und würde damit ebenfalls nicht mehr als Oberbürgermeisterin wählbar sein, wenn der unsinnige Beschluss: 64 Lebensjahre als Altersgrenze, nicht aufgehoben wird.

Mit Claus Ruhe Madsen kandidiert, als cleverer Geschäftsmann und IHK-Präsident, ein Däne! – Deutschland lebt mit Dänemark in freundschaftlicher Nachbarschaft. Und weil wir europäisch denken und auch so handeln wollen, wäre eigentlich auch nichts gegen einen dänischen OB einzuwenden, auch wenn Historiker vielleicht noch nicht vergessen haben, dass König Erik VI. Menvede vor 700 Jahren Rostock den Krieg erklärte. Trotzdem, dass nun ein Däne ohne unsere Hansestadt und das politische und gesellschaftliche Leben hier richtig zu kennen, dazu war seine Zeit hier zu kurz, a la „Pelle der Eroberer“ das Rathaus besetzen will, behagt mir nicht. Hier gibt es viele Fragen, zum Beispiel: Was für Erfahrungen hat der Geschäftsmann in kommunalpolitischer Arbeit, zum Beispiel im Umgang mit der Bürgerschaft? – Sind wir zu arm, um nicht selbst einen echten Rostocker für das hohe Amt des OB zu repräsentieren? Ich denke nicht!

Für Claus Ruhe Madsens OB-Wahl sehe ich noch ein Problem: Das CSU-Mitglied Manfred Weber, das schon für das höchste Spitzenwahlamt eines EU-Kommissionspräsidenten „gehandelt“ wird,

Pipeline un de doran all verbugten Milliarden Euro starben laten. Dat künn denn woll ok einen dänischen OB in Rostock tau siene Bürger – pro Pipeline- un Russland-Fründ – in Konflikt bringen.

Steffen Bockhahn is de Jüngst von de Kandidaten. Sien betherig Läbensloop wiest uns, dat hei denn Charakter un gaude Vörrutsetzungen hett, ok dat Amt det Oberburmeisters von de Hanse- un Universitätsstadt Rostock erfolgriek uttauführn. De an ´n 29. Dezember 1978 in Rostock geburene Steffen is hier bi sien Öllern upwussen. Von 1985 bit 1991 besöchte de 9. POS „Clara Zetkin“, wo hei af 3. Klass ok Russisch lernete, wat groten Einfluss up sien internationalistische Bildung har. Af 1991 wier hei Schäuler det Gymnasiums an ´n Goetheplatz, wo hei in de Leistugskurse Mathematik un Englisch ok sien Abitur afleggte. As Schaulspräker von dat Gymnasium un in ´n Schälerratt begün sien politisch Engagement. An ´n 1. Mai 1995 nehm de 16-jöhrige denn 50. Joh-resdag von de Befriung von ´n Hitlerfaschismus tau ´n Anlaat, üm de PDS bietauräden.

2004 kandidierte Bockhahn ierstms för de Rostocker Börper-schaft, wo hei 2007 as Fraktionsvörsitter von de Linken dat in em sett Vertrugen rechtfarigte. In disse Tied initiierte hei mit Erfolg ein Börperbegieren gegen denn Verkoop kommunalen Eigentums un makte mit anner Initiativen up sik upmarksam. Dat rechtfarigte ok sien Direktmandat tau de Wahl 2009, mit dei Steffen för ein Legislatur in den Bundestag treckte. Sien Läbensloop as erfolgrieker Parlamentarier bekehm sienen betherigen Höchpunkt mit de Wahl tau ´n Sozialsenator för Jugend, Sozialet, Gesundheit, Schaul un Sport, an ´n 5. März 2014 dörch de Rostocker Börper-schaft.

In sien bether 4-jöhrige Arbeit as Senator hett Steffen Bockhahn dat in em sett Vertrugen rechtfarigt un ok komplizierte Probleme löst, as de Unnerbringung un Versorgung von de Flüchtlinge. Dei Schaffung sozialen Wohnruums för Familien un Singles is ümmer noch Schwerpunkt, un ok, dat de Jugend gesund upwasst un an Schaulen un Sportstäden gaut liern un trainieren kann. Steffen engagierte sik dor besonnens för kostenfriege Schälertickets un gesundet Schauläten. Ok de Sanierung von ein Antahl Rostocker Schaulen un de Instandsetzung von de kaputten Gahwech un marod Gebühde in uns Stadt, sünd nich so vörankamen, as hei sik dat vörstellt un tau Upgaaw maakt.

In de Agenda von de Stadtverwaltung stahn noch väle Sworpunktupgawen, as u.a. de ümweltfründliche Gestaltung von de Grünanlagen, de Förderung von denn Zoo un Botanischen Gorden un de Programme von dei Bundesgardenschau un dei Hanse Sail, dormit Rostock noch schöner un attraktiver ward. Dortau gült dat zielsträwige Objekte von Kultur un Kunst tau unnerstütten un ok endlich denn Theaternibu fartig tau kriegen. Weltwiede Uptmarksamkeit genüßt ok uns oldihrwürig Hanse- un Universitätsstadt as Wirtschaftsstandort för Krüzfohrschipp sowie See- un Habenwirtschaft.

Üm all disse Fragen möt sik de „Kaptein“ kümmern, de in uns Rostocker Rathaus nah denn 26. Mai 2019, an Burd dat Ruder oewernimmt:

Sozial gerecht. Für alle! Wählt Steffen Bockhahn, de kann dat!

scheut sich nicht, um seiner Karriere Willen, das Regierungsprojekt *Nord Stream 2* zu verraten! Er will, falls er gewählt wird, die Pipeline und die daran schon verbauten Milliarden Euro sterben lassen.

Das könnte dann wohl auch einen dänischen OB in Rostock zu seinen Bürgern – pro Pipeline- und Russlandfreunden – in Konflikt bringen.

Steffen Bockhahn ist der Jüngste der Kandidaten. Sein bisheriger Lebenslauf zeigt uns, dass er den Charakter und gute Voraussetzungen hat, auch das Amt des Oberbürgermeisters der Hanse- und Universitätsstadt Rostock erfolgreich auszuführen. Der am 29. Dezember 1978 in Rostock geborene Steffen ist hier bei seinen Eltern aufgewachsen. Von 1985 bis 1991 besuchte er die 9. POS „Clara Zetkin“, wo er ab 3. Klasse auch Russisch lernte, was großen Einfluss auf seine internationalistische Bildung hatte. Ab 1991 war er Schüler des Gymnasiums am Goetheplatz, wo er in den Leistungskursen Mathematik und Englisch auch sein Abitur ablegte. Als Schulsprecher des Gymnasiums und im Schülerrat begann sein politisches Engagement. Am 1. Mai 1995 nahm der 16-jährige den 50. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus zum Anlass, um der PDS beizutreten.

2004 kandidierte Bockhahn erstmals für die Rostocker Börper-schaft, wo er 2007 als Fraktionsvorsitzender der Linken das in ihn gesetzte Vertrauen rechtfertigte. In dieser Zeit initiierte er mit Erfolg ein Bürgerbegehren gegen den Verkauf kommunalen Eigentums und machte mit anderen Initiativen auf sich aufmerksam. Das rechtfertigte auch sein Direktmandat zur Wahl 2009, mit der Steffen eine Legislatur in den Bundestag zog. Sein Lebenslauf als erfolgreicher Parlamentarier bekam seinen bisherigen Höhepunkt mit der Wahl zum Senator für Jugend, Soziales, Gesundheit, Schule und Sport, am 5. März 2014 durch die Rostocker Börper-schaft.

In seiner bisher 4-jährigen Arbeit als Senator hat Steffen Bockhahn das in ihn gesetzte Vertrauen gerechtfertigt und auch komplizierte Probleme gelöst, wie die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge. Die Schaffung sozialen Wohnraums für Familien und Singles ist nach wie vor Schwerpunkt, und auch, dass die Jugend gesund aufwächst und an Schulen und Sportstätten gut lernen und trainieren kann. Steffen engagierte sich da besonders für das kostenfreie Schälerticket und gesundes Schulesen. Auch die Sanierungen einer Anzahl Rostocker Schulen und die Instandsetzung kaputter Gehwege und maroder Gebäude in unserer Stadt, sind noch nicht so fortgeschritten, wie er sich das vorstellt und zur Aufgabe macht.

In der Agenda der Stadtverwaltung stehen noch viele Schwerpunktaufgaben, wie u.a. die umweltfreundliche Gestaltung der Grünanlagen, die Förderung des Zoos und Botanischen Gartens und die Realisierung der Programme der Bundesgardenschau und der Hanse Sail, damit Rostock noch schöner und attraktiver wird. Dazu gilt es zielstrebig Objekte der Kultur und Kunst zu fördern und auch endlich den Theaterneubau zu vollenden. Weltweite Aufmerksamkeit genießt auch unsere altherwürdige Hanse- und Universitätsstadt als Wirtschaftsstandort für Kreuzfahrtschiffe sowie See- und Hafenwirtschaft.

Um all diese Fragen und mehr muss sich der neue „Kapitän“ kümmern, der im Rostocker Rathaus nach dem 26. Mai 2019 an Bord das Ruder übernimmt:

Sozial gerecht. Für alle! Wählt Steffen Bockhahn, der kann das!



UNSERE KANDIDAT*INNEN FÜR DIE ROSTOCKER BÜRGERSCHAFT



Rostock wählt.

Mein Name ist Helge Bothur und ich stelle mich Ihrer Wahl.

In den Wahlbereichen 1 und 4 versuche ich, in die nächste Bürgerschaft zu Rostock einzuziehen. Was habe ich anzubieten?

Ich bin 52 Jahre jung, schwer verliebt und mein Sohn steht auf eigenen Füßen. Als Ingenieur leite ich die Straßenmeisterei Pastow. Hier bin ich jeden Tag direkt verantwortlich für den sicheren Betrieb und den ordentlichen Zustand der Straßen zwischen Rostock, Graal-Müritz, Tessin und Laage.

Mein tägliches Motto lautet: Ich lerne immer. Ich bin jemand, der aktiv handelt, Ziele definiert und sich dahin auf den Weg macht. Hierbei bemühe ich mich, verschiedene Interessen Ziel führend in Form und Inhalt zu verknüpfen.

So halte ich es auch in der Politik.

Meine Konzentration gilt der Stadtentwicklung und der Bürgerbeteiligung. Gerade beschäftigen uns die BUGA, der Wohnungsbau, das Werftbecken und die Mittelmole in Warnemünde, der Neue Markt und die Südstadt... Viele andere Projekte verbinden diese Entwicklungen. Wenn Sie den Eindruck haben, dass wir dabei viel Stückwerk erleben, wir oft nicht mehr wissen, ob wir überhaupt noch was zu sagen haben, dann machen Sie sich gern mit mir auf den Weg!

Was erwartet uns unterwegs? Zum Beispiel der „Leitfaden für Bürgerbeteiligung“. Hier wollen wir gemeinsam festlegen, Wer? sich Wann? Und Wie? in verschiedene Vorhaben „einmischen“ kann.

Uns erwartet die spannende Aufgabe, Leben und Lernen, Wohnen und Arbeiten in unserer Stadt für alle Menschen zu ermöglichen.

Das heißt, soziale und wirtschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Das heißt auch, diese Verantwortung von Investoren einzufordern. Nur so wird die BUGA kein Millionengrab, nur so werden neue Wohnungen für jeden Geldbeutel entstehen und nur so werden Kreuzfahrtgeschäft, der Bäcker und die Ärztin, große Krane und Rohre und viele Schiffe in Rostock dafür sorgen, dass unsere Stadt immer ein wenig blühen kann. Lassen wir uns dabei leiten von guter hanseatischer Tradition und schaffen eine moderne Sprache maritimer Architektur. Wenn es uns dann noch gelingt, Verkehr neu zu denken, dabei den inneren Schweinehund mal zu überwinden; wenn uns das gelingt, sind wir weit vorn. Dann ist mir nicht bange vor der Entwicklung unserer Stadt.

Weil wir diese Entwicklung selbst bestimmen.

Darauf können Sie mich gern festnageln.

Ahoi. Helge Bothur



Liebe GenossInnen, mein Name ist Olaf Groth. Ich bin 48 Jahre alt, verheiratet und Vater einer Tochter. Früher war ich als Werkzeugmacher tätig, heute arbeite ich als Jurist im Hanse-Jobcenter Rostock. Mitglied unserer Partei bin ich seit deren Gründung.

Seit dem Jahr 2004 bin ich für unsere Partei Mitglied der Rostocker Bürgerschaft und habe dort in den verschiedensten

Gremien für unsere Fraktion an der Durchsetzung unserer Wahlprogramme gewirkt und Verantwortung übernommen. Darüber hinaus engagiere ich mich als Mitglied des Personalrates des Hanse-Jobcenter Rostock, in Gremien bei Verdi sowie als Sportrichter im Verbandsgericht des Kreisfußballverbandes Warnow.

Ich möchte als Brinckmansdorfer weiterhin für unsere Partei in der Rostocker Bürgerschaft eine ehrliche Politik für ganz Rostock machen. Dabei setze ich mich insbesondere dafür ein, ohne unsere Stadt neu zu verschulden Bestehendes weiterzuentwickeln und weiche Wirtschaftsstandortfaktoren zu stärken, d.h. u.a. Gehwege zu sanieren, Kita- und Spielplätze, Schul- und Sportstätten zu stärken und neue Orte des Jugendtreffs zu schaffen. Auch wünsche ich mir, dass unsere Stadt demnächst ein neues „autofreies Wohngebiet“ entwickelt. Ich kandidiere in den Wahlbereichen 1 und 5 und bitte um euer Vertrauen.



Liebe Leserinnen & Leser, ich bin Maximilian Hentschel, geboren am 26.04.1998 in Rostock. Ich lebe aber erst seit dem 4. Lebensjahr in Rostock. Seitdem wohne ich in Schmarl, bin da zum Kindergarten und zur Schule gegangen, habe da meine ersten Freunde kennengelernt und bin seit gut 2 Jahren im Ortsbeirat Schmarl tätig. Aktuell bin ich Auszubildender Fachinformatiker (Systemintegration) im 3. Lehrjahr und bin da auch in der Jugend- & Auszubildendenvertretung (kurz: JAV) als Vorsitzender tätig.

Seit September 2015 bin ich Mitglied der

Partei DIE LINKE und dem Jugendverband Linksjugend [solid]. Da Kommunalpolitik viel beeinflussen kann, und ich diese Chance für die Menschen in Rostock nutzen will, kandidiere ich für die Bürgerschaft im Wahlbereich 1 & 2 jeweils auf Listenplatz 14. Die Stadtteile im Nordwesten & -osten müssen kulturell aufgewertet werden. Es gibt genug Schulen, die saniert und modernisiert werden müssen, Freizeitangebote für Jugendliche und junge Menschen müssen geschaffen werden. Jugendliche unter 18 sollen auch viel mehr Mitbestimmungsrecht haben als heute, wie sonst lernen Sie die demokratische Teilhabe kennen? (Alternative) Projekte wie das Peter-Weiss-Haus, Frieda23 aber auch Awiro sollten gefördert und unterstützt werden. Viel hat DIE LINKE in den letzten Jahren als größte Bürgerschaftsfraktion geschaffen, aber es gibt genug Baustellen, die wir weiterhin nur mit einer starken LINKEN (und einem linken Oberbürgermeister) angehen können. Denn für langfristige Projekte wie einen „kostenfreien“ öffentlichen Nahverkehr brauchen wir keine CDU/SPD, die uns Steine in dem Weg legen.



Mein Name ist Karsten Kolbe, ich bin 32 Jahre alt, glücklich verheiratet und stolzer Vati eines Sohnes.

Bereits seit 2009 gestalte ich Politik für DIE LINKE im Rathaus mit. Aus 10 Jahren Mitgliedschaft im Finanzausschuss weiß ich, wie schwierig es war unter dem Schuldendiktat der Landesregierung in Schwerin zu stehen, was es bedeutet, wenn bei den sogenannten „freiwilligen Leistungen“ wie Bibliotheken, Sportförderung oder der Kulturlandschaft der Rotstift angelegt wird. Dass Rostock nach Jahren der fehlenden Investitionen wieder schuldenfrei ist, ist für mich ein Gebot künftige Handlungsspielräume intelligent und nachhaltig zu nutzen, und nicht das Geld in Prestigeobjekte zu versenken! Wir brauchen keine Bundesgartenschau, sondern mehr Inve-

stitutionen in Bildung, Sport und Kultur. In meiner Zeit als Vorsitzender des Ausschusses für Schule, Hochschule und Sport konnte unsere Fraktion in enger Abstimmung mit unseren Senator Steffen Bockhahn viele tolle Projekte auf den Weg bringen. Wir haben deutlich mehr Mittel für Schulbücher bereit gestellt, mit dem Medienentwicklungsplan die landesweit beachtete Grundlage für die Digitalisierung unserer Schulen verabschiedet, die Qualität des Schullebens unter enger Einbeziehung von Schülern und Eltern verbessert, die Gehälter der Stadtsporttrainer erhöht und wichtige Projekte wie den Bau des neuen Sportplatzes für den FSV Nordost in Dierkow oder die Sanierung der vier Kunstrasenplätze am Damerower Weg energisch voran getrieben. Besonders glücklich bin ich, dass wir den Missstand am Förderzentrum in der Danziger Straße beheben konnten und der Umzug nach Evershagen in ein frisch modernisiertes Schulgebäude geglückt ist. Trotz der Erfolge, auf die wir alle gemeinsam stolz sein können, bleibt noch einiges zu tun. Mein Herzensprojekt wird es auch zukünftig sein die ersten Planungen für eine kombinierte Schwimm- und Eishalle im Nordwesten zu einem gelingenden Abschluss zu bringen und die kommunale Schullandschaft weiter zu stärken.



Liebe Genossinnen und Genossen, Liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten, mein Name ist Lisa Kranig. Ich bin 35 Jahre alt, Lehrerin und seit fünf Jahren Mitglied der Rostocker Bürgerschaft. Dort leite ich derzeit den Kulturausschuss, wirke im Schul-, Hochschul- und Sportausschuss mit und nehme als stellvertretende Vorsitzende in unserer Fraktion Verantwortung wahr.

Die Arbeit in der Rostocker Bürgerschaft empfinde ich als sehr bereichernd. Sie bedeutet eine Möglichkeit darüber mitzube-

stimmen, wie und in welche Richtung sich diese Stadt zukünftig entwickeln wird. So kann ich durch meine Stimme unmittelbar darauf Einfluss nehmen, ob es in Rostock einen bezahlbaren ÖPNV, bezahlbaren Wohnraum oder ein vielfältiges kulturelles Angebot gibt. Meine Stimme beeinflusst auch, ob das Geld für die notwendige Ausstattung an Rostocker Schulen reicht und ob Menschen auch zukünftig in den vielen Rostocker Vereinen eine Heimat finden können. Kurzum: Linke Kommunalpolitik trägt entscheidend dazu bei, diese Stadt lebenswert und zu einem Zuhause für viele Menschen zu machen.

Ich habe durch meine Arbeit als Lehrerin und in den vergangenen Jahren in der Rostocker Bürgerschaft immer wieder erlebt, wie wichtig gut ausgestattete Schulen gerade für die Kinder in unserer Stadt sind, die nicht mit einem goldenen Löffel im Mund geboren worden sind. Gerade deshalb bin ich stolz darauf, dass es unserer Fraktion immer wieder gelungen ist, Geld für wichtige Sanierungen oder Schulbücher in den städtischen Haushalt zu bekommen. LINKE Kommunalpolitik ist und bleibt wichtig – für alle in Rostock.

Was mich persönlich angeht, so kann ich sagen, Rostock ist mein Zuhause. Daraus resultiert für mich eine gewisse Verantwortung. Für das, was mir am Herzen liegt, möchte ich mich einsetzen. Denn schließlich möchte ich auch in Zukunft noch gern hier leben und voller Begeisterung über Rostock sprechen können. Durch mein politisches Engagement will ich zumindest einen kleinen Teil dazu beitragen.



Meine Mutter gab mir den Namen ihrer Oma: Eva-Maria. Als Jugendliche wollte ich unbedingt Helena heißen, warum, weiß ich gar nicht mehr. Heute bin ich sehr glücklich mit einem seltenen Vornamen, auch weil meine liebe Uroma inzwischen nicht mehr bei uns ist.

Meine Tochter Luca Victoria, die inzwischen 18 Jahre jung ist und somit nur halb so alt wie ich, gewöhnt sich hingegen noch an ihren Vornamen. Sie ist jetzt Auszubildende und wird Kindergartenerzieherin. Darauf bin ich sehr stolz. Wir beide kom-

men aus unserer schönen Heimatstadt Rostock, waren jedoch ein paar Jahre abtrünnig, als wir zunächst in Tübingen und dann in Mannheim wohnten. Ich habe mein Studium der Politikwissenschaften dort beendet, anschließend trieb uns das Leben zurück in den Norden, zurück ans Meer. Ich mochte den Süden, doch kein Küstenkind kann lange auf die See verzichten. Kurz danach (2009) habe ich für die Bürgerschaft kandidiert und wurde im Januar 2010 auch schon Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. Niemals hätte ich mir damals träumen lassen, dass ich bald den ganzen Tag Politik machen werde. Vierundzwanzig-sieben (24/7) würde meine Tochter jetzt sagen und kritisch mit dem Kopf schütteln. Das heißt, dieser „Job“ schläft nie und „Mama, Du arbeitest zu viel.“ Mag sein, aber es macht eben auch Spaß! Und es ist so spannend, am Montag für bezahlbaren Wohnraum in Rostock zu streiten, am Dienstag Studien über Digitalisierung oder Öffentlichen Nahverkehr zu lesen, Mittwoch mit Medienpädagogen über Medienbildung in der Schule zu diskutieren, Donnerstag eine Kulturinitiative zu treffen, Freitag im Papierchaos zu versinken bis man den Brief der engagierten Bürgerin aus der Südstadt wiedergefunden hat, die für den Erhalt der Kleingärten kämpft. Und das Wochenende gehört oft der Partei, denn DIE LINKE ist mir wichtig, sie ist mein politisches Zuhause. Apropos Zuhause:

Lassen Sie uns gemeinsam Rostock gestalten! Sozial und gerecht, demokratisch und kulturreich, lebens- und liebenswert für alle Generationen!



Ich bin Robert Kröger, 42 Jahre alt, selbständiger Rechtsanwalt, Vorsitzender des Landesverbandes der Gartenfreunde Mecklenburg und Vorpommern e.V. Aufgewachsen bin ich auf dem Lande in der Nähe von Tribsees. Als Kind war ich



bereits viel in der Natur, habe gärtnern und Vieh füttern erlernt. Nach dem Abitur kam ich 1997 zum Studium in die schöne Hanse- und Universitätsstadt Rostock, in die ich mich direkt verliebt habe. Im Dezember 2002 habe ich mich ein zweites Mal verliebt und diese Liebe 2013 geheiratet. Heute lebe ich mit meinem Mann in Reutershagen, wir haben seit 2010 einen Kleingarten in der Gartenstadt/Stadtweide, daher liegt mir das Kleingartenwesen besonders am Herzen. Dabei geht es mir nicht nur um die Gärten an sich, es geht um Menschen; um diejenigen, die sich kein eigenes Grundstück leisten können. Viele wollen selbst angebautes Obst und Gemüse und ihren Kindern die Natur näherbringen. Oder mehr Grün in ihrem Alltag. Nicht jeder möchte seinen Feierabend im Stadthafen verbringen. Nicht jeder will gärtnern, dies ist aber die Voraussetzung für den Schutz, den das Bundeskleingartengesetz bietet. Dieser Schutz ist ganz besonders wichtig für die einfachen Leute, deren Geldbeutel nicht so dick ist. Im Kleingarten zählt nicht was jemand für einen Job hat oder wie viel er verdient – alle sind Gartenfreunde, auch wenn es mal Streit gibt. Hier kommen Jung und Alt zusammen, Einheimische, Spätaussiedler, Flüchtlinge und Zuwanderer. Den Erhalt alter Obst- und Gemüsesorten erledigt die Kleingärtnerei ebenso wie Umweltbildung. Nirgendwo sonst ist die Artendichte und -vielfalt in Flora und Fauna so groß wie in Kleingärten. All dies sind über Jahrzehnte gewachsene Strukturen in den Anlagen. Diese kann man nicht einfach verpflanzen. Deshalb muss der Erhalt jeder Anlage oberste Priorität haben. Kompromisse lassen sich immer finden. Ich frage mich vor einer Entscheidung: Haben alle Rostocker*innen etwas davon oder nur eine bestimmte Gruppe und wem nützt es am meisten. Daran kann man gut erkennen ob eine Maßnahme auch sozial gerecht sein kann.



Regine Lück: „Wohnen ist ein Grundrecht“

Ein kluger Kopf hat einmal gesagt: „Die größte historische Kraft ist das menschliche Gewissen.“ Dieser Auffassung kann ich mich nur anschließen. Da sich nach wie vor zu wenig Frauen in die Politik einmischen, habe ich entschieden, mich wieder einzumischen. Was bringe ich mit?

In drei Legislaturen im Landtag MV und in der Rostocker Bürgerschaft habe ich gelernt, zuzuhören, in der Sache orientiert zu diskutieren und für meine linken Auffassungen einzutreten. Ich gehöre zu Denen, für die es keine eingefahrenen Gleise gibt. Um Visionen, neue Wege und Alternativen umsetzen zu können, sagt mir meine Erfahrung, bedarf es eines langen Atems. In meinem ersten Wahlkampf 2002 zum Beispiel trat die LINKE für einen gesetzlichen Mindestlohn ein. Dafür wurde ich in der IHK Rostock in einem Forum ausgelacht. Jetzt haben wir ihn.

Von 2006 bis 2016, in der Opposition, brachte ich zum Thema Wohnen viele Anträge ins Parlament ein, u.a. für sozialen und bezahlbaren Wohnraum und für Wohnungsneubau in den UNI- Städten. Die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU haben immer geschlossen abgelehnt. Jetzt sprechen alle Parteien über das Thema Wohnen. Aber wo bleiben die konkreten Beschlüsse? Wir wollen beim Neubau die mindestens 30% Sozialwohnungen umsetzen, und natürlich muss der städtische Boden auch in der Hand der Stadt bleiben. Es gibt also viel zu tun im Ehrenamt, um konkrete Maßnahmen für ein bezahlbares Wohnen umzusetzen. Dafür engagiere ich mich gern!

Als Sprecherin von VVN-BdA steht für mich das Thema Erinnerungskultur mehr denn je auf der Tagesordnung. Rechtes Gedankengut findet immer mehr Akzeptanz. Unsere demokratische Gesellschaft lebt vom Einsatz ihrer Mitglieder für demokratische

Werte und Ordnung. Deshalb ist es notwendig, dass viele, viele Rostockerinnen und Rostocker aktiven Widerstand gegen rechtsextremes und ausländerfeindliches Gedankengut leisten – an allen Orten unserer Stadtgesellschaft. Dafür will ich mich engagieren.



Jutta Reinders

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“
(Erich Kästner)

Liebe Genossinnen und Genossen, oft hatte ich in meinem Leben die Möglichkeit, in Vorbereitung einer Kandidatur, mich vorzustellen. Wie schnell eine Lebenszeit vergeht, merke ich daran, dass ich jetzt bereits im Rentenalter bin. Wo sind nur die Jahre geblieben? Sicher geht es vielen von euch ähnlich.

Ich kandidiere für die Bürgerschaft, weil ich durch mein Zutun das Miteinander der Rostocker verbessern möchte. Alle Bürger der Stadt sollen sich in Rostock zu Hause fühlen, egal welche soziale Stellung der Einzelne hat. Ich war in den vergangenen Jahren viel unterwegs in unserer Stadt, den Tafeln, Vereinen, Flüchtlingsunterkünften und führte Gespräche auf Rostocker Straßen. Wichtig sind für mich die persönlichen Gespräche. So konnte ich erfahren, welche Nöte und Probleme viele Menschen in Rostock haben.

Durch meine Tätigkeit in den Ausschüssen der Bürgerschaft konnte ich für viele Rostocker Probleme lösen. Viel Lebenszeit verbrachte ich in klärenden Gesprächen mit Behörden, bei der Suche nach versicherungspflichtigen Arbeitsplätzen sowie bei Problemlösungen von Antragsverfahren. Heute möchte ich mich auch bei den GenossInnen bedanken, die mich immer in meiner Ehrenamtstätigkeit unterstützt haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, bitte unterstützt mich bei meiner Kandidatur. Bei einer Wiederwahl werde ich weiterhin

meine ganze Kraft mit Herzblut einsetzen.



Liebe Genossinnen und Genossen, mein Name ist Nurgül Senli, ich bin am 10.04.1986 in Malatya geboren und in Wuppertal aufgewachsen.

Nach dem Abitur begann ich mein Studium der Rechtswissenschaften in Frankfurt am Main und entschied mich nach dem Grundstudium zur Universität Rostock zu wechseln, um Good Governance zu studieren. Hier absolvierte ich anschließend den Master in Rechtsgestaltung und bin nun Doktorandin an der Juristischen Fakultät. Seit 2010 lebe ich in Rostock, genauer im Stadtteil Groß Klein, wo ich auch in meiner Basis organisiert bin. Seit 2008 bin ich Mitglied der Partei Die LINKE und wirke an verschiedenen Stellen der Parteiarbeit mit. Als Mitglied im Ortsbeirat Groß Klein werde ich nun seit zwei Jahren mit den Sorgen und Wünschen der Bewohnerinnen und Bewohner konfrontiert und weiß, dass es in vielen Stadtteilen ähnliche Probleme gibt, die wir angehen müssen. Dafür möchte ich mich einbringen und kandidiere folglich für die Bürgerschaft in den Wahlbereichen 1, 2 und 5.

Da Rostock wächst, ist mir besonders die Schaffung von mehr bezahlbaren Wohnräumen wichtig, die den unterschiedlichen Bedürfnissen entsprechen. Denn sicheres, angemessenes und bezahlbares Wohnen ist ein Menschenrecht, worunter andere Grundbedürfnisse nicht leiden dürfen. Dazu gehört für mich auch ein attraktives Wohnumfeld mit gut ausgestatteten Schulen, Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten, Begegnungsstätten sowie guten Anbindungen u.v.m. Die Investitionen in die Stadtteile und deren Aufwertung sind längst überfällig. Um unsere Umwelt zu schützen halte ich die Reduzierung des Autoverkehrs, den Ausbau und die Verbesserung des ÖPNVs sowie die Förderung des Rad- und Fußverkehrs für dringend erforderlich. Die Fahr-

preise müssen sinken, um die öffentlichen Verkehrsmittel attraktiver zu gestalten.



Liebe Genossinnen und Genossen, Liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten, mein Name ist Sandro Smolka. Ich bin 29 Jahre alt, habe mein Lehramtsstudium an der Universität Rostock in den Fächern Geschichte und Deutsch im Jahr 2017 abgeschlossen und arbeite seit Februar letzten Jahres als Landesgeschäftsführer der LINKE Mecklenburg-Vorpommerns. Für mich war es die erste Legislatur in der Rostocker Bürgerschaft, in der ich u.a. im Finanz- und Personalausschuss mitwirken durfte. LINKE Kommunalpolitik redet nicht nur, sie verändert und das mit Erfolg. Trotz des strikten Sparkurses in der Hansestadt Rostock konnten wir immer wieder wichtige Investitionen wie Schul- oder Sporthallensanierungen auf den Weg bringen. Uns ist es gelungen, trotz aller Unkenrufe aus der Privatwirtschaft, die Rekommunalisierung der Wasserversorgung erfolgreich abzuschließen. Die vor kurzem erlangte Schuldenfreiheit könnte Rostock eine Menge Handlungsspielraum verschaffen, wenn sich eine Mehrheit aus SPD, Grünen und CDU nicht für eine 150-Millionen teure Luxusgartenschau entschieden hätte, die Rostock am Ende wieder in die Schuldenfalle treiben könnte.

In den letzten Jahren sind auf Grund des Spardrucks des Landes viele Investitionen in die Rostocker Infrastruktur liegen geblieben oder konnten nicht vollständig angepackt werden. Gehwege und Straßen sind teilweise in keinem guten Zustand, die Fahrpreise der RSAG werden steigen, der Wohnungsmarkt bleibt weiterhin extrem angespannt. Es gibt also genug andere Dinge zu tun als eine millionenschwere BUGA im Rostocker Stadthafen.

Ich möchte mich in der neuen Bürgerschaft weiterhin dafür einsetzen, dass wir alle Stadtteile im Blick haben. Wir haben viel zu tun. Deshalb werbe ich am 26. Mai

auch um eure Stimme.



Liebe Leser*innen, ich bin Monique Tannhäuser, 41 Jahre alt, geboren in Frankfurt (Oder) und ich lebe seit 12 Jahren in Rostock. Ich bin Soziologin und arbeite gegenwärtig als Fachreferentin beim Landesfrauenrat MV e.V. Ich lebe zusammen mit meiner Partnerin und ihrem 7-jährigen Kind.

Seit ich in Rostock lebe, engagiere ich mich ehrenamtlich in verschiedenen Bereichen. Beim Lokalsender LOHRO gestalte ich eine monatliche Radiosendung mit und bin Mitglied im Vorstand des Kulturnetzwerk e.V. Außerdem bin ich in Initiativen und Bündnissen aktiv, um mich für die Gleichstellung von Frauen und die Akzeptanz von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt einzusetzen.

Mir ist es wichtig, mich am Leben in unserer Stadt und an deren Gestaltung zu beteiligen. Denn ich finde mich ungern mit Dingen ab, die ich als zu starr oder unge-

recht wahrnehme. Deshalb kandidiere ich nun in den Wahlbereichen 1, 3 und 4 für die Bürgerschaft. Mein Ziel ist es, darauf hinzuwirken, dass wir in einer grünen, inklusiv gestalteten Stadt leben, in der unser Miteinander gestärkt und Begegnung gefördert wird.

Ich halte es z.B. für kurzsichtig, wenn Gebäude lieber abgerissen oder an geldschwere Investoren verkauft werden, anstatt sie generationenübergreifenden Kultur- oder Wohnprojekten zur Verfügung zu stellen. Kurzsichtig deshalb, weil damit sowohl die bürgerliche Beteiligung als auch die Problematik überhöhter Mietpreise berührt sind.

Insbesondere von Einwohner*innen gemeinsam geschaffene Kulturangebote geben die Möglichkeit, den eigenen Stadtteil mitzugestalten. Ein wichtiger Beitrag für das städtische Gemeinschaftsgefühl.

Und dass Menschen in Rostock nur schwer eine Wohnung finden, weil sie sich die Miete nicht mehr leisten können, kann nicht allein über den Neubau verändert werden. Wir brauchen auch alternative Lösungen, daher werde ich Projekte engagierter Rostocker*innen unterstützen, mit denen unser Wohnraum den Kapitalinteressen einiger weniger entzogen werden kann.

Eine weitere Frage die mich umtreibt, ist, ob es wirklich im Sinne der hier lebenden Menschen ist, wenn unsere Stadt vor allem für den Autoverkehr angelegt ist? Ich muss sie, obwohl selbst Autobesitzerin, klar mit Nein beantworten. Stellen Sie sich vor, wie es wäre, wenn Sie unkompliziert und kostenfrei mit dem ÖPNV all ihre Alltagsdinge erledigen und sich auf sicheren, gut ausgebauten Radwegen durch die ganze Stadt fortbewegen könnten. Eine Vision für deren Umsetzung ich mich unbedingt stark machen werde.

Liebe Leserinnen und Leser, nun haben wir Euch im April und Mai (fast) alle Kandidat*innen der Rostocker LINKEN zur Bürgerschaftswahl vorgestellt. Sie haben Eure ganze Unterstützung im Wahlkampf verdient.

Ein Wahlkampf ist immer auch teuer. Wie Ihr wisst, verzichten wir auf Unternehmensspenden. Deshalb bitten wir Euch ganz herzlich, unseren Wahlkampf auch mit Spenden zu unterstützen. Für eine starke soziale Kraft in der Bürgerschaft und im Rathaus!

Das Spendenkonto des Kreisverbandes DIE LINKE Rostock

IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84

Ostseesparkasse Rostock

Zahlungsgrund: Spende, Vorname, Name, Adresse

Bitte gebt unbedingt Euren Namen und Eure Adresse an, da das Parteiengesetz verbietet, anonyme Spenden anzunehmen. Spenden mit einer Höhe von mehr als 10.000 Euro werden gemäß der Gesetzeslage im Rechenschaftsbericht der Partei veröffentlicht.

Unsere erste
Großfläche:

»DIE POLITIKER
labern nur?«

DIE LINKE.
redet Klartext!

www.die-linke-mv.de

JUGENDKAMPAGNE ZUR KOMMUNALWAHL 2019

Ob vor der eigenen Haustür, oder im nächsten Urlaubsort – in Deutschland und ganz Europa nimmt die Zustimmung zu autoritärer Politik in der Gesellschaft zu. Rechtspopulisten sind im Europaparlament, aber auch in vielen Bürgerschaften und Kreistagen auf dem Vormarsch.

„REGIONAL – RADIKAL. KÄMPFE FÜR EIN SOLIDES MECKLENBURG-VORPOMMERN!“ – unter diesem Motto starten wir heute unsere Jugendkampagne anlässlich der anstehenden Kommunalwahl im Mai 2019. In dieser stellen wir den schrillen nationalistischen Tönen von AfD, CDU/CSU und co. eine friedliche und vor allem soziale Alternative in den Kommunen entgegen.

Zusammen mit der Partei DIE LINKE. streiten wir nicht nur für ein soziales Europa, sondern auch für eine gerechtere und sozialere Gesellschaft auf Kommunalebene. Bildung ist ein Grundrecht und darf nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein! Wir setzen uns daher für einen freien Zugang zu Bildung für alle Menschen ein.



Den explodierenden Mietpreisen muss endlich ein Riegel vorgeschoben und Miethaie auf die Straße gesetzt werden. Daher fordern wir eine Ausweitung des sozialen Wohnbaus.

Um dem wachsenden Rechtspopulismus in der Gesellschaft entgegen treten zu können, sind alternative Freiräume zu schützen. Schluss also mit der Kriminalisierung von IKuWo, Peter-Weiß-Haus und Co. Zudem treten wir neben einer stärkeren Förderung der Jugend und Jugendarbeit für einen kostenlosen und besser ausgebauten Nahverkehr ein, um der Klimakatastrophe endlich auch auf kommunaler Ebene nachhaltig begegnen zu können.

Für ein soziales Europa und für ein solides Mecklenburg-Vorpommern!

WER KANDIDIERT IM LANDKREIS?



Peter Georgi, Jahrgang 1964, geboren in Solingen, verheiratet und Vater von 2 Kindern. Seine Hobbys sind kulturelle Unterhaltung, neue Medien und die Natur. Er arbeitete u.a. als Jugendsozialarbeiter beim Verein „Auf der Tenne“ e.V. und war zuletzt als stellvertretender Teamleiter und Betreuer für unbegleitete minderjährige Asylbewerber bei der AWO Bad Doberan tätig. Seit Januar 2019 ist Peter Georgi Kreisgeschäftsführer der Partei DIE LINKE im Kreisverband Landkreis Rostock sowie Wahlkreismitarbeiter vom MdB Heidrun Bluhm, beides mit stundenweiser Begrenzung. Peter ist Gemeindevertreter in Roggentin und Vorsitzender des Kulturausschusses. Er ist stellvertretender Vorsitzender des Amtsausschusses Carbak und im Kita- und Schulausschuss Amt Carbak tätig. Seit 2014 ist Peter Georgi Mitglied des Kreistages des Landkreises Rostock und arbeitet im Ausschuss für Jugend, Bildung und Kultur mit. Zur Kommunalwahl am 26. Mai 2019 kandidiert er für den Kreistag sowie als Bürgermeisterkandidat der Gemeinde Roggentin und als Gemeindevertreter.

Dr. Erwin Kischel durfte ich Anfang 1994 in Vorbereitung der damaligen Kommunalwahl kennenlernen. In einer Zeit, in der sehr viele Mitglieder die Reihen unserer Partei verlassen haben, hat Erwin als „parteiloses Mitglied“ konkrete Verantwortung übernommen.

Dr. Kischel war erst stellvertretender- und ab 2001 Fraktionsvorsitzender unserer Partei im Kreistag Bad Doberan. Seit der Kreisgebietsreform übt er die Funktion des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden im Kreistag Landkreis Rostock aus. Er arbeitet u.a. im Kreisausschuss, im Eigenbetriebsausschuss, im Rechnungsprüfungsausschuss sowie im Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderung Landkreis Rostock

GmbH. Erwin Kischel leitet mit großem Sachverstand als Vorsitzender den Haushalts- und Finanzausschuss. Seine Arbeit findet in der Kreisverwaltung und über Parteigrenzen hinaus große Anerkennung und Würdigung.

Mit seiner sachlichen und ruhigen Art und seinem aus vielfältigen Interessen hervorgehenden großem Allgemeinwissen ist Erwin eine wahre Bereicherung jeder Diskussion.



Im März 2011 wurde Dr. Erwin Kischel als 100. Mitglied der „Uwe Johnson-Gesellschaft“ aufgenommen. „Ich halte es für enorm wichtig, nicht nur Johnson als Literat wahrzunehmen, sondern auch als Helfer bei der Verarbeitung der eigenen Geschichte meiner Generation“, begründete er sein Engagement auch auf diesem literarischen Gebiet.

Peter Hörnig, Kreisvorsitzender DIE LINKE, Kreisverband Landkreis Rostock

Peter Hörnig, Jahrgang 1955, wohnhaft in Prisannewitz, verheiratet, 2 Kinder. Er ist Seeverkehrskaufmann, studierter Diplomgesellschaftswissenschaftler und Betriebswirt. Vom 2. Dezember 1989 bis zum 31. Dezember 2018 arbeitete Peter als Kreisgeschäftsführer bei der Partei DIE LINKE. Seit November 2015 ist er Kreisvorsitzender unserer Partei. Dem Kreistag gehörte Peter Hörnig von 2012 bis 2014 an. Seit 2014 ist er sachkundiger Einwohner im Kreistag, als Vertreter unserer Partei im Sparkassenzweckverband der Ostseesparkasse Rostock. Peter ist Mitglied der Gemeindevertretung Dummerstorf, dort im Haupt- sowie im Rechnungsprüfungsausschuss tätig. Zur Kommunalwahl am 26. Mai 2019 kandidiert er erneut für den Kreistag sowie als Gemeindevertreter in der Gemeinde Dummerstorf.



Birgit Schwebs, Jahrgang 1962, geboren in Altwarp, verheiratet, 1 Tochter. Sie ist studierte Diplompädagogin und Diplomphilosophin, Systemische Sozialtherapeutin und Tierphysiotherapeutin. Beschäftigt ist sie bei der AWO Bad Doberan als Sozialpädagogische Familienhelferin. Birgit war von 1998 bis 2011 Mitglied des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, sie war Vorsitzende des Umwelt- und Landwirtschaftsausschusses und zuletzt Vorsitzende des Finanzausschusses.

Nach der ersten Kreisgebietsreform wurde Birgit Schwebs am 04. Dezember 1993 zur Kreisvorsitzenden des neu gebildeten Kreisverbandes Bad Doberan gewählt. Diese Funktion hatte sie bis zum Herbst 2002 inne. Am 29. September 2007 wurde Birgit erneut zur Kreisvorsitzenden gewählt und füllte diesen Posten bis zum Jahr 2011 sehr engagiert aus. Dem Kreistag gehört Genossin Schwebs ununterbrochen seit 1994 an. Ihr Hauptaugenmerk galt und gilt der Arbeit im Jugendhilfeausschuss; seit 2014 auch im Kreisausschuss. Im Juni 2009 wurde sie in die Gemeindevertretung Satow gewählt, ist Vorsitzende des Sozialausschusses und Mitglied im Hauptausschuss. Birgits ehrenamtliches Engagement in der Vereinsarbeit wird geschätzt, sie gilt als anerkannte Fachfrau. Zur Kommunalwahl am 26. Mai 2019 kandidiert sie erneut für den Kreistag sowie als Gemeindevertreterin in der Gemeinde Satow.



◀ ROTFEDER

ROTFEDER UND DIE VIELEN BLÄTTER AUS LAUB UND PAPIER

Es ist Frühling. Ein paar sonnige Tage haben es vermocht, dass die Obstbäume weiß leuchten, dass der Raps auf den Feldern blüht, dass die Fliederknospen aufbrechen und dass die Bienen summend ihr Werk verrichten. Die Landschaft wird saftig grün, die Blätter an den Bäumen sprießen. Das sehe ich Fischlein mit ebenso großem Vergnügen wie ihr Menschen auch.

Aber auch die Zunahme anderer Blätter wird unübersehbar: An Laternenmasten ranken sich Plakate empor. Auf Wiesen und an Plätzen reihen sich Werbewände aneinander. An Straßenrändern schwanken Aufsteller im Wind. Kreuz und quer, krumm und schief wird massiv für die Wahl geworben. In Rostock zum Beispiel überbieten sich in der Materialschlacht Claus Ruhe Madsen und Chris Müller-von Wrycz Rekowski gegenseitig. Finanzsenator und SPD-Kandidat Chris Müller-von Wrycz Rekowski will einen „höheren fünfstelligen Betrag“ ausgeben: „Meine Wahlkampf-Finanzierung fußt auf drei Säulen: Erstens gibt es einen Sockelbetrag von der Rostocker SPD, zweitens hoffe ich auf private Spenden von SPD-Mitgliedern und ex-

ternen Unterstützern. Und drittens bleibt es gar nicht aus, dass die ein oder andere Wahlkampf-Ausgabe durch den Kandidaten persönlich übernommen wird.“ Aber auch bei den anderen ist viel Geld im Spiel. Mehrere Zehntausend Euro hat wohl jeder Bewerber in Plakate und Flugblätter, Internet-Auftritte und Wahlkampf-Stände investiert. Krösus unter den Kandidaten ist der parteilose Claus Ruhe Madsen: Der Unternehmer und ehemalige Präsident der Industrie- und Handelskammer setzt wahrscheinlich bis zu 150 000 Euro für den Wahlkampf ein.

Die Linken setzen auf Spenden – schränken als einzige Partei aber ein: „Wir nehmen Spenden nur von Privatpersonen an, nicht aber von Firmen oder Organisationen.“ Ab 10 000 Euro werden die Namen veröffentlicht, bei kleineren Spenden mit Einverständnis der Geldgeber. „Transparenz ist für uns eine Selbstverständlichkeit.“ Auf der Straße – beim Plakate kleben und Zettel verteilen – helfen Bockhahn dann die Mitglieder der Rostocker LINKEN: „Wir sind der größte Kreisverband der Parteien in Rostock und das wird man merken.“ Ich gönne den Druckereien das Geschäft,

aber mich ärgert die Verschandelung der Straßen und Plätze, die Vergeudung der Ressourcen und nach den Wahlen der viele Müll. Ich glaube auch nicht, dass sich viele Menschen von den Papierversprechen wirklich beeinflussen lassen. Andererseits kann ich verstehen, dass eine Kandidatensperson befürchten muss, dass man sie übersieht, wenn sie an den Plakatsäulen nicht vorkommt.

Können sich die Parteivorsitzenden nicht einmal zusammensetzen und für die Bürgerschaft und die andern Parlamente auf einen gemeinsamen Beschluss zur Einschränkung der sinnlosen Verschwendungen bei Wahlkampagnen einigen?

Hoffentlich werden die Verschwender und Belästiger nicht von den Wählern belohnt sondern bei der Stimmabgabe ignoriert.



Das meint eure Rotfeder

◀ KOLUMNE

DIETMAR BARTSCH: 2019 SCHLÜSSELJAHR

2019 ist nicht nur ein Jahr voller Erinnerungen und Gedenken – 100 Jahre Ermordung Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, 30 Jahre Mauerfall, 20 Jahre Kosovokrieg sind nur einige runde Gedenkjahre, die wesentlicher Teil unserer Geschichte sind. Es ist auch politisch ein Schlüsseljahr für die Linke: Europa- und Kommunalwahlen, Wahlen in Bremen und später noch die Wahlen in drei Ost-Ländern. In Thüringen kämpfen wir um die Wiederwahl des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow. Die ehemals Große Koalition steht außerdem permanent vor ihrem frühzeitigen Ende. Selten war eine Koalition so fragil. Annegret Kramp-Karrenbauer positioniert sich rechts der Kanzlerin und die SPD sucht ihre Zukunft scheinbar links. Eine Chance für neue Mitte-links Bündnisse?

Auch innerparteilich ist das Jahr ein wichtiges – ebenso für die Fraktion, die meine Co-Vorsitzende Sahra Wagenknecht nach

diesem Jahr, auf Grund gesundheitlicher Gründe, nicht mehr als Vorsitzende leiten wird. Ich möchte nicht versäumen, Sahra auch an dieser Stelle für vier Jahre gemeinsamer Arbeit an der Spitze der Fraktion zu danken. Es waren keine einfachen Jahre. Aber es waren gute Jahre, weil wir vertrauensvoll und zuverlässig, vor allem erfolgreich miteinander arbeiten konnten, trotz zum Teil unterschiedlicher Auffassungen zu einigen Dingen. Es stimmt mich besorgt, wie aufreibend letztlich doch das politische Geschäft ist – auch im Miteinander. Deshalb möchte ich noch einmal mit Nachdruck für eine politische Kultur werben, in der wir Linken uns respektieren, über Differenzen in der Sache hinweg.

Genau hier liegt ein tiefer sitzendes Problem. Seit Jahrzehnten wird in der (gesellschaftlichen) Linken häufig ein Streit ums

Rechthaben geführt. Das mag bei konkurrierenden Parteien natürlich wirken, aber innerhalb der Parteien wirkt es mindestens schräg. Die Geschichte der Linken ist eine Geschichte des Kampfs um eine bessere

Gesellschaft. Natürlich, auch da kann man sich irren, wie die Geschichte beweist. Aber es bleibt eine ehrenwerte Sache. Vielleicht kommt daher das Selbstbewusstsein, immer im Recht zu sein. Deswegen lässt sich diese Geschichte auch als eine der Verirrung, der Hybris und – leider

– auch Verbrechen schreiben: das beginnt bei der Zustimmung zu den Kriegskrediten und der Burgfriedenspolitik. Es setzt sich fort bei der Billigung der Gewaltexzesse während der Niederschlagung der Revolution 1919 in Deutschland, denen auch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zum Opfer fielen. Aber auch die noch junge



kommunistische Partei verstrickte sich bald in den Fängen des Stalinismus, seinen Fehlorientierungen, dann auch der Mitwirkung bei den Partei-„Säuberungen“ im sowjetischen Exil. Von der Gründung der DDR 1949 bis zu ihrem Ende 1989 gelang es der SED nicht, sich von wesentlichen Strukturen der stalinistischen Herrschaftsform zu emanzipieren. Das Resultat war eine Niederlage letztlich epochalen Ausmaßes.

Ich will nicht den Anspruch, Richtiges zu wollen, schlecht reden; aber ein Bewusstsein der prinzipiellen Fehlbarkeit unserer Überzeugungen scheint mir wichtig und vernünftig. Ich sage diese Selbstverständlichkeiten, weil das leider keine wirklichen Selbstverständlichkeiten sind. Was uns manchmal fehlt, ist das Leben von Solidarität in unseren Konflikten, ein historisches Bewusstsein für die Notwendigkeit unserer Partei und die Bedeutung unserer Fraktionen in den Parlamenten, auch der im Bundestag.

Die Bundestagsfraktion ist ein zentraler Baustein einer geeinten deutschen Linken, um die uns viele europäische Genossinnen und Genossen wirklich beneiden. Wenn wir nach Italien gucken, dann ist das eine einzige Tragödie. Viele eher bedeutungslose kleine Parteien – die Rechten wissen das zu nutzen. Die Einheit unserer Partei ist also kein Witz oder Spiel, sie ist ein historischer Auftrag. Das heißt auch den pluralen Charakter erhalten, was oftmals leichter gesagt, als getan ist. Denn es bedeutet Kompromisse und sich gegenseitig aushalten zu müssen. Pluralismus heißt, sich auch mal auf die Nerven zu gehen. Ich bin nicht in die Politik gegangen, weil es einfach ist. Marx hat gesagt, Widersprüche sind die Triebkräfte der Entwicklung. Wir dürfen aber nicht vergessen, was uns alles eint. Uns eint die Überzeugung um eine bessere Zukunft, um eine sozialistische Zukunft. Wir sind aber nicht naiv und wissen, welche Kämpfe das erfordert. Deswegen brauchen wir Radikalität im Denken und in der Haltung und weniger in der Phrase.

Wir Linken arbeiten uns allerdings derzeit zu oft an Konflikten ab, die mit dem schreckhaften Erwachen aus den neoliberalen Träumereien zu tun haben. Nach dem Brexit-Votum, dem Trump-Desaster und rechtsextremen Parteien in allen Parlamenten fragen sich seit ein paar Jahre linksliberale Geister, wie „das“ passieren konnte. Gemeint ist, dass traditionelle Arbeitermilieus nicht mehr mehrheitlich links wählen. Die Antworten darauf sind zahlreich – und selbstkritisch müssen wir auch verstehen, dass kulturelle Kämpfe in den letzten Jahren manchmal einfacher zu gewinnen waren, als ökonomische. Das heißt aber nicht, dass wir das eine tun soll-

ten und das andere lassen. Vielmehr müssen wir verstehen, dass es nicht nur um ökonomische oder rechtliche Fortschritte geht, sondern auch um Anerkennung. Als Ost-Deutscher weiß ich, wie verheerend es ist, wenn Menschen systematisch die Anerkennung als gleichberechtigter Teil der Gesellschaft verwehrt wird. Demütigungen hinterlassen tiefe Wunden. Wir müssen uns immer vor Augen halten: Es geht nicht nur darum, dass vom kapitalistischen Mainstream abweichende Lebensweise nicht mehr bestraft werden. Es geht darum, dass sie anerkannt werden. Das gleiche gilt auch für uns als Partei – ohne



gegenseitige Anerkennung unterschiedlicher Biographien und Traditionen können wir keinen gemeinsamen Kampf führen.

Ich glaube aber dennoch, dass wir uns zentral Gedanken machen müssen, wenn erhebliche Teile derer, für die wir uns stets einsetzen, uns nicht mehr vertrauen oder sogar mit der radikalen Rechten liebäugeln. Wenn wir die Sprache nicht mehr sprechen, die die Menschen, für deren Rechte wir kämpfen, sprechen, dann haben wir ein Problem.

Natürlich hat das auch etwas mit der Tatsache zu tun, dass wir eine Größe in der politischen Landschaft sind, dass wir feste Strukturen haben und „etabliert“ sind in vielen Parlamenten. Es hat damit zu tun, dass viele linke Ideen sich – zum Glück! – immer wieder durchsetzen und gesellschaftliche Realität werden, ohne dass sich das große Ganze grundlegend verändert. Deswegen ist es verständlich, dass Menschen enttäuscht sind, wenn wir Hartz-4 mit ihrer Stimme immer noch nicht abgeschafft haben, weil wir eben im Bund nicht regieren. Diese Frustration, ein direktes Resultat der Mühen politischer Realität, auszuhalten ist eine wesentliche Herausforderung für uns Linke. Denn kaum etwas ist frustrierender als immer wieder mahnend am Rand zu stehen und im Nachhinein Recht zu bekommen, wenn es an einigen Stellen schon zu spät ist. Ich erinnere nur an unsere Warnungen in Bezug auf den Euro oder die Finanzmärkte, unsere warnenden Worte zur Bankenkrise und zum Sozialabbau. Die Liste ist lang.

Aber nur, wenn wir diese Frustration mit einer gewissen Gelassenheit auszuhalten vermögen, können wir den aufreibenden Kampf einer sozialistischen Partei erfolgreich bewältigen. In der Vergangenheit haben wir den Frust zu oft aneinander ausgelassen.

Ich bin im Übrigen fest davon überzeugt, dass der Zeitgeist sich gerade verändert und sich für uns daraus Chancen ergeben – weg von den neoliberalen Mantren, von dem blinden Glauben an den Markt und der stetigen Denunziation sozialistischer Ideen. Viele junge Menschen erleben die Grenzen des Kapitalismus und wollen sich damit nicht abfinden. Die Fridays For Future-Proteste sind von einer Skepsis gegenüber dem Markt geprägt. Endlich!

Die Union hat sich in Suchbewegungen nach rechts begeben. Das könnte der Sozialdemokratie den Raum geben, den sie benötigt, um auf dem Feld der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik polarisierende Wirkung zu erzielen. Dazu muss sie aber überzeugende Konzepte vorlegen und machtpolitische Aussagen treffen. Mit anderen Worten, sie muss den politischen Wechsel wollen, mit uns Linken. Wer hier eine Bedrohung für uns sieht, unter-

schätzt meiner Meinung nach unsere Möglichkeiten. Wir müssen von der SPD etwas fordern, was einer neuen Sozialstaatsfunktion mindestens weit entgegenkommt. Wir dürfen sie aus ihrer Verantwortung nicht entlassen. Ich nenne das „Sozialstaatsdialog“. Den müssen wir einfordern. Das geht aber nur mit einer LINKEN, die sich gemeinsam einstimmt und sich nicht selbst zerlegt.

www.dietmar-bartsch.de

LYRIK

M (von Jürgen Riedel)

May
Merkel
Macron:
Mittelmaß

Krampe = U-förmiger Haken
(von Jürgen Riedel)

Kein X für ein U vorgemacht:
Kramp-Karrenbauer
Ohne Ökokritik an Autobauern
Spritfressenden Luxuskarren

Auf blechdurchschnittliche Politikerin
Trifft nicht zu:
Was ein Häkchen werden will
Krümmt sich bei Zeiten

OSTERMARSCH IN ROSTOCK

Gemeinsam mit dem Rostocker Friedensbündnis rief unsere Partei zum alljährlichen Ostermarsch auf. Gekommen waren am 20. April schließlich mehr als 200 Menschen unterschiedlichster politischer Orientierung und verschiedener Altersgruppen. Junge Schüler*innen trafen auf gestandene Rentner*innen, Dozierende der Universitäten trafen auf Auszubildende. Der Querschnitt, der sich an diesem Sonnabendnachmittag beim Matrosendenkmal in Rostock zusammenfand, spiegelte die komplette Bandbreite linkspolitischer Ausrichtungen und sozialer Lebensrealitäten wieder. Ein Umstand, der deutlich macht, wie wichtig den Menschen Friedenspolitik nach wie vor ist.

200 Menschen; das klingt für eine Stadt wie Rostock mit über 200.000 Einwohner*innen nicht viel. Und trotzdem zeigt der leichte Anstieg der Teilnehmerszahl – nicht nur in Rostock – dass die Menschen spüren, wie sehr der vermeintliche Frieden in Europa gefährdet ist.

Zu Beginn der Auftaktkundgebung am Denkmal für die Revolutionären Matrosen am Stadthafen verkündete Cornelia Mannewitz vom Rostocker Friedensbündnis die obligatorischen Auflagen der Behörden. In darauf folgenden Redebeiträgen wurde immer wieder die Notwendigkeit einer Deeskalationspolitik der NATO mit anderen Staaten wie beispielsweise Russland betont. Nicht zu Unrecht hat Dietmar Bartsch bereits vor einigen Jahren konstatiert: „Frieden in Europa kann es nur mit der Russischen Föderation geben, aber nicht gegen sie.“

Anschließend formierten sich die Teilnehmer*innen zum eigentlichen Ostermarsch. Mit bunten Transparenten und Schildern setzte sich der Protestzug in Bewegung. Am Holbeinplatz, direkt an der ehemaligen Heinkel-Fabrik, wo im Zweiten Weltkrieg für die deutsche Luftwaffe mit Hilfe tausender Zwangsarbeiter*innen Kriegsflugzeuge für die Weltmachtpläne der Nazis produziert wurden, gab es eine Zwischenkundgebung. Unter anderem sprach Regine Lück, ehemalige stellv. Landtagspräsidentin und Kandidatin für DIE LINKE in die Rostocker Bürgerschaft.

„Solange wir für jede Flugstunde eines Eurofighters 80.000 Euro ausgeben, solange müssen wir uns hier zusammenfinden!“ Sie erklärte eindrucksvoll, wo dieses Geld sinnvoller eingesetzt werden kann. Das Geld müsse in Bildung, in die soziale und

kulturelle Weiterentwicklung investiert werden. Recht hat sie! Seymus Atay-Lichtermann, ebenfalls Kandidat der LINKEN für die Bürgerschaft erklärte in seinem Redebeitrag: „DIE LINKE ist die einzige Friedenspartei!“ Kriege dürften nicht länger Mittel der Politik sein.

Danach zog die Demonstration weiter zum Doberaner Platz, wo schließlich die Abschlusskundgebung stattfand. Hier sprach unter anderem ein Vertreter der Initiative „Ärzte gegen Krieg“. Er betonte, dass unter Kriegen hauptsächlich die einfachen Menschen leiden. Sie seien es, die dem Leid und Tod schutzlos ausgeliefert würden. Ab Ende bedankte sich Frau Mannewitz bei allen Teilnehmenden und Mitorganisator*innen. Sie zog eine positive Bilanz des Rostocker Ostermarsches. Im Vorfeld habe es unterschiedlichste Aktionen und Mobilisierungen zum Ostermarsch gegeben. Und sie gab einen Ausblick auf das kommende Jahr: „Auch 2020 werden wir wieder hier sein und zusammen mit unseren Bündnispartner*innen ein Zeichen setzen.“ Der Kampf für eine friedliche Welt hat gerade erst begonnen.

Nico Burmeister

Hier noch die Pressemitteilung der Rostocker Linkspartei zum Ereignis:

Vor 70 Jahren wurde die NATO gegründet. DIE LINKE gratuliert nicht zum runden Geburtstag, sondern kritisiert die zunehmende Konfrontation zwischen den NATO-Staaten und Russland. „Wir wollen mit dem Ostermarsch zum Nachdenken über Alternativen anregen“, erklären die Kreisvorsitzenden der Rostocker LINKEN, Eva-Maria Kröger und Carsten Penzlin. „Welchen Beitrag kann unser Land für den Erhalt des Friedens leisten? Wir setzen uns für das Ende von Waffenexporten und für die Konversion von Rüstungsbetrieben wie der Werft in Wolgast ein. Wir wollen keine Manöver in der Ostsee. Wir dürfen dem Druck der USA zu höheren Rüstungsausgaben nicht nachgeben. Deutschland sollte auf zivile Konfliktlösungen drängen und den Dialog mit Russland fördern“, erklären Kröger und Penzlin.

Die NATO-Mitgliedstaaten geben insgesamt vierzehnmals so viel Geld für Rüstung aus wie Russland. Bei Erreichen des Aufrüstungszieles von zwei Prozent des Haushaltes hätte Deutschland alleine höhere Rüstungsausgaben als die Atommacht Russland. „Wir würden das Geld für andere Dinge ausgeben“, erklären die Kreisvorsit-



zenden der LINKEN. „Sozialer Wohnungsbau, lebenswerte Stadtteile, höhere Zuschüsse für den Nahverkehr, bessere Ausstattung der öffentlichen Schulen – hier ist das Geld viel besser aufgehoben als bei den Rüstungskonzernen.“

Fotos: Wenke Brüdgam/Carsten Penzlin

LANDTOUR DER LANDTAGSFRAKTION

Gerade in diesem Jahr stehen wir alle gemeinsam auf kommunaler, wie auf Landes-ebene vor riesigen Herausforderungen. Vorpommern und die Grenzregion zu unserem Nachbarland Polen erwarten hierbei zu recht, dass sich Politik mehr kümmert, Probleme anpackt und Entwicklung voranbringt. Wir besuchten die Regionen Uecker-Randow, Anklam, Usedom, Wolgast und Greifswald und redeten über die Besonderheiten in der Grenzregion.

In Kindergärten und Schulen kann man polnisch lernen, viele Kolleginnen und Kollegen in Unternehmen sind polnische oder deutsche Staatsangehörige. Wirtschaftsförderung und regionale Entwicklung wird grenzüberschreitend gedacht.

Zum Auftakt luden wir zu einer öffentlichen Veranstaltung ins historische U nach Pasewalk ein. Dort diskutierten wir mit Vertretern der Landesregierung, Kommunalvertretern und mit Projektleiterinnen und Projektleitern der RAA und des Vereins pomerania e.V., wie die aktuelle Situa-

on im Landkreis Vorpommern-Greifswald aussieht und was getan werden muss, um besser voranzukommen. Viele Projekte, die in der Region gut angefallen sind, viele Vereine, die hervorragende Arbeit für die Zivilgesellschaft leisten, werden durch europäische Mittel unterstützt. Wieviel Geld aber in der kommenden Förderperiode zur Verfügung steht, ist noch offen.

Für die Kommunen im Land liegt einiges im Argen. Unter anderem warten wir auf

eine grundlegende Reform des Finanzausgleichsgesetzes (FAG). Die Städte, Gemeinden und Landkreise hoffen völlig zu Recht, dass ihnen künftig so viel Geld zur Verfügung steht, dass sie ihre Haushalte ausgleichen und auch alle Aufgaben, im pflichtigen wie im freiwilligen Bereich, ordentlich wahrnehmen können.

Ob diese Hoffnungen bzw. Forderungen erfüllt werden, entscheidet der Landtag noch in diesem Jahr. Die Straßenausbaubeiträge werden abgeschafft, aber wie und mit welchen Auswirkungen auf die Städte und Gemeinden? Auch die Digitalisierung der Verwaltung und der Schulen, der Erhalt und der Ausbau der kommunalen Infrastruktur, gut Leben im ländlichen Raum oder die Sicherung des Brandschutzes sind Themen, die uns alle sehr beschäftigen. Daher hatten wir die kommunalen Landesverbände, viele Kommunalvertreter, Vereine und Verbände aus der Region zu einem Kommunalpolitischen Abend nach Liepen eingeladen.



Wohnen muss bezahlbar sein

Wenn radikale linke Forderungen erfolgreich im Mainstream auftauchen, dann kann das nur zwei Dinge bedeuten: die Zeiten sind ernst und der Widerstand lässt nicht lange auf sich warten. Das Bündnis „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ bestätigt das eindrucksvoll. Die Lage ist ernst. Der Wohnungsmarkt in vielen urbanen Teilen der Republik – sei es Rostock, Bremen, Jena, Berlin oder Leipzig – ist mit jedem Jahr ein größeres Problem geworden. Die Preise steigen unaufhörlich, der Mittelstand wird durch immer höhere Mieten gnadenlos gepresst. 40 % des Nettogehalts für Miete auszugeben, ist mittlerweile Standard. Mietsteigerungen um bis zu 90 % in den letzten Jahren treffen vor allem Menschen mit wenig Einkommen. Am vergangenen Dienstag waren Aktivistinnen des Bündnisses „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ übrigens zusammen mit dem zuständigen Berliner Staatssekretär in der Linksfraktion und haben beeindruckend dargelegt, dass der Mietenwahnsinn häufig diejenigen am härtesten trifft, die dieses Land am Laufen halten: Die Pflege- und Putzkräfte, die Bäcker und Friseure, die Kindergärtner und Handwerkerinnen, kurz: diejenigen, die zu niedrigen Löhnen arbeiten müssen.

Die Anspannung am Mietmarkt führt deshalb zu Verdrängung von (ärmeren) Menschen. Aber auch zu Immobilität – das Beenden einer unglücklichen Beziehung wird zum Risiko, keine Wohnung mehr dort zu finden, wo der Lebensmittelpunkt ist, junge Menschen sind gezwungen, länger bei den Eltern zu leben, und ältere Mieter/innen können zuweilen nicht in eine kleinere Wohnung ziehen, da diese im Zweifel teurer ist als die Wohnung mit dem alten Mietvertrag. Gründe für den Anstieg der Mieten sind nicht nur der gestiegene Zuzug in die urbanen Zentren, sondern auch, dass Immobilien in den letzten Jahren immer mehr zum Spekulationsobjekt geworden sind, unter anderem wegen der Niedrigzinspolitik der Zentralbanken. Profit lässt sich mittlerweile mit Wohnungen besser machen als mit dubiosen Finanzprodukten.

Die Probleme sind so drängend geworden, dass Menschen sich zunehmend zur Wehr setzen und immer mehr mit Enteignungsforderungen sympathisieren. „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ hat in den letzten Monaten entsprechend für Furore gesorgt. Enteignung ist bei vielen ein negativ besetzter Begriff – manche befürchten, dass ihnen ihr hart erarbeiteter Wohlstand genommen werden soll. Das Bündnis hat jedoch von Anfang an den Fokus auf die Konzerne gelegt und so keinen

Zweifel gelassen, wer für die Wohnungsmisere zur Verantwortung gezogen werden soll: diejenigen, die mit Wohnraum satte Profite machen. Das hat bereits zu heftigen Reaktionen der Immobilienwirtschaft geführt – ein Zeichen, dass die Forderung die Richtigen treffen würde und diese nervös macht.

Natürlich ist auch Politik gefragt. In Berlin unterstützt die Linke als Regierungspartei das Bündnis. Am morgigen Sonnabend gehen in vielen Städten Menschen gegen den Mietenwahnsinn auf die Straße und viele Linke werden dabei sein. Aber auch wenn wir in den Ländern, in denen wir regieren, alles tun, um die Mieter zu schützen, Verdrängung einzudämmen und Wohnungen zu rekommunalisieren, sind es Bundesgesetze, die geändert werden müssen, um die Mietenexplosion effektiv zu verhindern. Verantwortlich dafür im Bundeskabinett: Horst Seehofer. Erstmal eine schlechte Nachricht. Dass Wohnen Menschenrecht ist, ist für die LINKE dagegen klar. Gerade deswegen ist der Druck von Bündnissen und Bewegungen so wichtig. Aber auch ein Wechsel an der Spitze der Republik muss ein Ziel bleiben: Die Mehrheit der Menschen hat nämlich Eigenbedarf.

Dietmar Bartsch, www.dietmar-bartsch.de

AUSSTELLUNG „ANTIFASCHISTISCHER WIDERSTAND IN EUROPA“

Im April konnte im Rathausfoyer die Ausstellung „Antifaschistischer Widerstand in Europa 1922-1944“ besucht werden. Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer – Bund der Antifaschisten, führte in die Ausstellung ein. Wir dokumentieren seine Rede in Auszügen.

Ich freue mich, die Ausstellung „Antifaschistischer Widerstand in Europa“ für die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, der Dachorganisation der Verbände ehemaliger Widerstandskämpfer und Partisanen, Deportierter und Verfolgter, Angehöriger der Anti-Hitler-Koalition und heutiger Antifaschisten aus 25 Ländern Europas, Israel und Lateinamerika hier im Rathaus der Hansestadt Rostock eröffnen zu können. Zum ersten Mal wurde die deutschsprachige Ausgabe vor vier Jahren ebenfalls in einer Hansestadt gezeigt, nämlich in der Freien und Hansestadt Bremen – ebenfalls in den sehr repräsentativen Räumen des alten Rathauses. Nun ist sie nach verschiedenen Stationen – unter anderem im Thüringer Landtag – wieder im Norden zurückgekehrt.

Der Kampf um die Geschichte und Bewahrung der antifaschistischen Erinnerung und des Vermächtnisses der Überlebenden ist ein zentrales Anliegen der FIR auch im siebten Jahrzehnt ihrer Existenz. Lange Zeit war es die Zeitzeugen-Generation, die authentisch und mit großem Engagement ihre Erfahrungen und Berichte vom antifaschistischen Kampf, von der Notwendigkeit und der Gemeinsamkeit des Handelns an die nachfolgenden Generationen weitergeben konnten.

Heute stehen wir zunehmend vor der Herausforderung, dass von diesen Zeitzeugen nur noch wenige unter uns sind, die in der Lage sind diese ihre Erfahrungen weitergeben zu können. Das hat Konsequenzen für die Vermittlungsmöglichkeiten und Perspektiven auf den antifaschistischen Kampf. Unsere geschichtspolitische Arbeit und die Weitergabe der historischen Erfahrungen müssen sich daher mit folgenden Fragen auseinandersetzen:

Wie schaffen wir es, die Erfahrungen und das politische Wirken dieser Menschen, die ihre Freiheit, ihre Gesundheit, oftmals

auch ihr Leben für diesen antifaschistischen Kampf riskiert hatten, für Nachgeborene lebendig zu halten?

Wie gelingt es uns als Historiker und als Pädagogen, heutige Jugendliche, für die die Geschichte der NS-Zeit oftmals so fern ist wie die Geschichte der alten Römer, die außerdem eigene politische Erfahrungen und Rezeptionsgewohnheiten mitbringen, mit dem Thema zu konfrontieren und Zugänge zu ihrem Verständnis zu finden?

Angesichts der umfassenden Medialisierung der Kommunikation können Visualisierungen durchaus hilfreich sein. Der



Satz: „Ein Bild sagt mehr als 1000 Wort“ gilt natürlich auch hier. Aber die Bilder müssten in ihrer Aussagekraft so sein, dass sie nicht nur allgemeingültige, fertige Antworten geben, sondern auch Nachfragen provozieren – Nachfragen, die zu einer aktiven eigenen Beschäftigung der Betrachter mit den Themen veranlassen. Das ist eine ganz praktische Herausforderung, da es zu vielen Ereignissen des illegalen antifaschistischen Kampfes naturgemäß kein Bildmaterial gegeben hat bzw. geben konnte.

So muss eine Präsentation einen „Spagat“ schaffen zwischen Visualisierbarem und notwendigen historischen Erläuterungen. Die Ausstellung, die wir nachher hier im Foyer offiziell eröffnen werden, versucht diesen Spagat zu leisten. (...)

Um die Betrachter auf die Problematik der Vielfalt und der politischen Breite der

Zugänge zum antifaschistischen Handeln vorzubereiten, haben wir in acht Thesen unser Grundverständnis zum antifaschistischen Widerstand formuliert. Wir betonen, dass es vielfältige Gründe und Zugänge zum Widerstand gab, dass im Widerstand traditionelle politische oder ideologische Spaltungen überwunden wurden, dass praktische Solidarität mit Verfolgten ein zentrales Element von Widerstand war, dass der Widerstand eine Sache von Frauen und Männern war, dass Antifaschismus immer auch Internationalismus bedeutete, dass der Widerstand zumeist mit einer Zukunftsvision einer anderen, einer gerechteren und friedlicheren Gesellschaft und Welt verbunden war.

Ausgehend von diesem Verständnis konnten wir Informationen zum antifaschistischen Widerstand zu fast allen damals bestehenden Staaten in Europa präsentieren. Dieser Hinweis ist wichtig, denn man findet in der Ausstellung Tafeln zu Jugoslawien, zur Tschechoslowakei und zur Sowjetunion, aber nicht zu den heutigen Nachfolgestaaten. Lücken bestehen nur bezogen auf Finnland, Schweden und die Schweiz. Natürlich gab es auch in diesen Ländern antifaschistische Kräfte, insbesondere aus dem Exil. Da diese Länder – entweder als neutrale Staaten oder als separate Kriegspartei – jedoch nie vom deutschen oder italienischen Faschismus okkupiert waren, findet man dort jedoch keine originäre antinazistische Struktur.

Für alle anderen Länder konnten wir dank der Unterstützung von antifaschistischen und Veteranenverbände aus den Regionen sowie musealer Einrichtungen, die sich mit dem Thema beschäftigen, eindrucksvolles Bildmaterial und andere Dokumente zusammentragen.

Dabei wurden besonders diejenigen Ereignisse in den Blick genommen, die als gesellschaftliches Narrativ das historische Selbstverständnis der jeweiligen Nation berühren:

Dazu gehört beispielsweise in den Niederlanden der Dockarbeiter-Streik vom 25. Februar 1941.

Dazu gehört der militärische Sieg der sowjetischen Streitkräfte im Februar 1943 in Stalingrad, ein Ereignis, das mehr als eine militärstrategische Konsequenz hatte und weit über die UdSSR als Symbol für die

Besiegbarkeit des deutschen Faschismus wahrgenommen wurde.

Dazu gehört in Griechenland die Sprengung der Eisenbahnbrücke über den Gorgopotamos im November 1942, in Frankreich die Befreiung von Paris im August 1944 unter besonderer Beteiligung der Resistance und französischer Militäreinheiten sowie der Slowakische Nationalaufstand, der ebenfalls im Sommer 1944 in der Region von Banska Bystriza seinen Ausgang nahm.

Zu den Ereignissen zählen in Polen der Aufstand im Warschauer Ghetto 1943 ebenso wie der Warschauer Aufstand von 1944.

Aber auch erfolgreiche Widerstandsaktionen, wie die Herausgabe einer komplett gefälschten Ausgabe der Tageszeitung „Le Soir“ unter den Augen der Besatzungsmacht, wie es der belgische Widerstand am 9. November 1943 vermochte, gehören in diese Reihe.

Da es eine Vielzahl solcher Ereignisse gab, die natürlich von den ehemals Beteiligten und den nationalen Verbänden der Widerstandskämpfer entsprechend gewichtet werden, standen wir als Ausstellungsmacher vor einer großen Herausforderung. Es war zwingend, dass wir für die endgültige Gestaltung der Ausstellung eine Auswahl aus dem reichhaltigen Dokumenten- und Bildmaterial, das wir von den Veteranenverbänden erhalten hatten, treffen mussten. Dabei liebten wir uns von drei Überlegungen leiten:

1. Es sollte auf einem begrenzten Raum nicht nur der Umfang, sondern auch die politische Breite der antifaschistischen Bewegung sichtbar werden. Das führte in manchen Fällen dazu, dass in der Darstellung quantitative Verhältnisse (d.h. welche politischen Gruppen trugen die Hauptlast) zugunsten von qualitativen Überlegungen (welche verschiedenen Kräfte gehörten zum Widerstand) verschoben werden mussten.

2. Bestimmte antifaschistische Aktionen und Kampfformen findet man in allen Ländern, in denen z.B. Partisanen kämpften. Wir hätten also mindestens 20 Mal Bilder mit zerstörten Eisenbahnanlagen zeigen können. Diese Aktionen waren von großer Bedeutung für die Behinderung der faschistischen Kriegspolitik, aber gleichzeitig wäre so etwas redundant. Deshalb haben wir uns bemüht, auf den jeweiligen Landestafeln nationale Spezifika in den Fokus zu rücken (Belgien: illegale Presse; Griechenland: EAM/ Demokratische Armee etc.)

3. Wir waren nicht bereit, den geschichtspolitischen Auseinandersetzungen der Nachwendezeit seit 1990 in den heutigen Staaten des ehemaligen Ostblocks zu folgen und nur noch die gegenwärtig politisch opportune Sichtweise zu präsentieren. Wir haben uns dabei zumeist auf die Haltung der nationalen Mitgliedsverbände der FIR stützen können, die in ihren Ländern einen aktiven Kampf gegen die Revision der Ge-

schichte des antifaschistischen Kampfes führen.

Damit könnte – aus der Sicht einer umfassenden wissenschaftlichen Aufarbeitung des Themas möglicherweise berechtigt – der Einwand gegen diese Ausstellung erhoben werden, dass einzelne Ereignisse oder Gruppen des Widerstandes nicht vollständig und umfassend genug dargestellt worden seien. Aber wir stehen zu dieser Präsentation und der getroffenen Auswahl.

Und man könnte – aus einer vorgeblich neutralen Perspektive – der Ausstellung auch vorhalten, sie sei parteilich. Das ist sie in der Tat.

Denn sie ergreift Partei für alle diejenigen,

- die bereit waren unter Einsatz ihrer Gesundheit, ihrer Freiheit und manchmal auch des Lebens für Menschen- und Freiheitsrechte einzutreten,
- die sich solidarisch mit Verfolgten und unterdrückten Minderheiten zeigten,
- die sich für das freie Wort und gegen Gleichschaltung und faschistische Propaganda einsetzten,
- die – aus zum Teil ganz unterschiedlicher Motivation – für die Freiheit des eigenen Landes gegen die NS-Okkupation kämpften,
- die für die Beendigung des Krieges eintraten, indem sie die militärische Kampfkraft der faschistischen Armeen schwächten,
- die damit insgesamt ihren Beitrag für einen antifaschistisch-demokratischen Neubeginn in Europa geleistet haben,

und das ungeachtet der jeweiligen parteipolitischen Orientierung oder religiösen Überzeugung der handelnden Frauen und Männer.

Wenn wir uns heute bemühen, Vertretern der heutigen Generationen einen Zugang zu dem Thema zu eröffnen, dann bieten sich – trotz der europäischen Perspektive der Ausstellung selber – zwei Ebenen zur Identifikation an, die in der Ausstellung in Ansätzen versucht wurden, nämlich ein individualisierter und ein regionaler Bezug. (...)

Die regionalisierte Aufarbeitung der Widerstandsgeschichte muss sich an den jeweiligen Ausstellungsorten orientieren, wobei hier in Rostock durch meinen langjährigen Weggefährten Prof. Karl-Heinz Jahnke hervorragende Grundlagen gelegt wurden. Neben seinen vielfältigen Forschungen und Veröffentlichungen möchte ich in diesem Zusammenhang nur an seine grundlegende Arbeit „Sie dürfen nicht vergessen werden! Widerstand gegen die NS-Diktatur in Mecklenburg 1933-45“ erinnern. Er hat es mit diesen über 150 Biographien von

Frauen und Männern, die in der Auseinandersetzung mit dem Naziregime ihr Leben verloren haben, einen regionalen Zugang geschafft, der auch heutigen Generationen Wege zur Geschichte eröffnet. Zurecht betonte er in seinem Vorwort: „Die große Mehrheit der Deutschen hat gegen diese Politik nichts getan, im Gegenteil, sie war an ihr beteiligt. Nur eine kleine Minderheit der Bürger leistete Widerstand gegen das Hitlerregime.“

Umso wichtiger ist es, sich dieser Menschen zu erinnern. Sie sind Vorbilder im besten Sinne des Wortes – Orientierungshilfe für heutige Generationen. Und im Sinne dieser Zeitzeugen, die für manche von uns durchaus prägend waren, bemüht sich auch die Ausstellung durch Personalisierung der Geschichte dem Widerstand „Gesichter zu geben“. Ein Beispiel ist das Foto von dem 18-jährigen Mädchen Zoja Kosmodemjanskaja. Sie wurde im November Jahr 1941 in der Sowjetunion von den Deutschen für Widerstandshandlungen festgenommen. Auf den beiden Bildern, die wir haben, sieht man den Platz eines Dorfes, wo die Dorfbewohner gezwungen werden, einer Hinrichtung beizuwohnen. Und man sieht das junge Mädchen, sie weiß, sie wird sterben und sagt: „Wir sind 190 Millionen und ihr könnt uns nicht alle hängen!“ Dieses Beispiel von Mut ist zu einem Symbol geworden für die Sowjetbürger. Nach Stalingrad, als die Rote Armee nach Westen vordrang, schrieben die Soldaten auf ihren Panzern „für Zoja“. Ein solches Beispiel kann auch heutigen Generationen Mut machen, wo wir uns unter gänzlich anderen Bedingungen politisch einsetzen für eine gerechtere, eine sozialere, eine friedliche Welt. (...)

© Dr. Ulrich Schneider, Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, Magdalenenstr. 19, D-10365 Berlin, E-Mail: office@fir.at

LYRIK

Schluchtfinsteres Loch (von Jürgen Riedel)

Bundesrepublik ist eine Demokratie
vom Grundgesetz her
doch Union F.D.P.
nicht nur AfD
verursachen politische Abgründe

Rechtsstaatsfeindliche Politik
(von Jürgen Riedel)

rechtsstaatkonform: Grundgesetz achten
es ächten Verteidigungsheuchler
die für Trump Prestige-Bündnis NATO
Friedenstaube rupfende
Auslandseinsätze der Bundeswehr
aufrüsten wollen
Grundrecht der Grundrechte:
nur echter Verteidigungskrieg!

DIE LINKE KÄMPFT GEGEN SOZIALE UNGLEICHHEIT

Die soziale Ungleichheit verfestigt sich

Die Vermögen in Deutschland sind gestiegen, zeigt eine neue Bundesbank-Studie. Dazu folgendes Statement von Bernd Rixinger:

„Die Studie der Bundesbank über die Entwicklung des Vermögens in Deutschland offenbart eine hochproblematische Entwicklung: Die soziale Ungleichheit verfestigt sich. Die Ärmsten kommen aus den Schulden nicht raus, die reichsten 10% der deutschen Haushalte steigerten ihr Vermögen um mindestens 110.000 Euro, die reichsten 5% sogar jeweils um mindestens 200.000 Euro allein in der letzten 6 Jahren. Bedenkt man in dem Zusammenhang die krasse Vermögensverteilung in Deutschland, zeichnet sich die soziale Schieflage noch drastischer ab: Die reichsten zehn Prozent besitzen weit mehr als die Hälfte des gesellschaftlichen Reichtums, die untere Hälfte gerade wenige Prozent. Deutschland ist eines von vier Ländern mit den meisten Millionärinnen und Millionären. Wer viel hat, kann das leicht vermehren. Auf Vermögen werden zu wenig Steuern gezahlt.

Hohe Einkommen und Vermögen, Erbschaften und Gewinne aus Kapital und Aktien müssen stärker besteuert werden. Damit finanzieren wir Investitionen in eine gute öffentliche Versorgung und einen Sozialstaat, der alle Menschen sicher vor Armut schützt.“

Die Vermögensungleichheit hat sich seit 2011 kaum verändert. Während die üblicherweise zur Messung der Ungleichheit verwendeten Indikatoren – wie der Gini-Koeffizient und der Anteil der vermögendsten Haushalte am gesamten Nettovermögen – leicht zurückgingen, stieg der Abstand zwischen dem oberen und dem unteren Teil der Verteilung an.

Für längeres Leben soziale Ungleichheit bekämpfen

Zur aktuellen Studie des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung in Rostock bezüglich der Lebenserwartung von Rentnern sagt Katja Kipping:

Ungleiche Lebensverhältnisse führen vielfach zu Altersarmut und frühem Tod. So lässt sich das Ergebnis der aktuellen Studie auf den Punkt bringen. Um dem zu begegnen und ein langes und glückliches

Leben für alle zu ermöglichen, müssen die Weichen neu gestellt werden.

Aus Studien wissen wir, dass Menschen vor allem dann unter Dauerstress leiden und ungesund leben, wenn sie keine Kontrolle über ihr Leben verspüren. Ein selbstbestimmtes, sicheres, befriedigendes Leben hingegen geht im Allgemeinen auch mit risikobewusstem Verhalten und hoher Lebenserwartung einher.

Deswegen müssen wir Respekt und Selbstbestimmung von Menschen auch in weniger qualifizierten Berufen stärker in den Fokus nehmen. Das muss sich in angemessenen Löhnen, aber auch in Arbeitszeitregelungen, Mitbestimmung und dem Recht auf abgesicherte Auszeiten, den Sabbaticals, ausdrücken.

Soziale Sicherheit, Teilhabe und gute öffentliche Daseinsvorsorge sind Investitionen in Lebenserwartung und Lebensqualität der Bevölkerung.

Außerdem müssen wir natürlich die Zwei-Klassen Medizin abschaffen. Dass Reiche viel bessere Gesundheitsversorgung genießen als Menschen mit geringem Einkommen, wirkt sich natürlich besonders im Alter aus. Wir wollen gute Gesundheitsleistungen für alle.

www.linksfraktion.de



**ArbeitnehmerInnen schützen,
Arbeitszeit begrenzen:
maximal 40-Stunden pro Woche**

Fachkräftemangel: Mehr Arbeitslose als offene Stellen

Die Bundesregierung begründet ihren Gesetzentwurf damit, dass die Arbeitslosigkeit so niedrig wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr und die Zahl der offenen Stellen auf rund 1,2 Millionen angestiegen sei. Obwohl es nur in sieben von 144 Berufsgruppen und in zwei von 37 Berufshauptgruppen mehr offene Stellen als Arbeitslose gibt, inszeniert die Bundesre-

gierung mit ihrem Gesetzentwurf zur Fachkräfteeinwanderung den Fachkräftemangel als zentrale Bedrohung für die deutsche Wirtschaft. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage von Susanne Ferschl hervor.

Gleichzeitig ist in Berufen, in denen die Bundesregierung Fachkräftemangel konstatiert, die Zahl der Eintritte von Teilnehmenden in Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA) gesunken und im Vergleich zur Zahl der Arbeitslosen verschwindend gering. Auch die betriebliche Weiterbildung stagniert bzw. ist die Teilnehmerquote sogar gesunken, was Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Arbeitgeber weckt, die ebenfalls vor Fachkräftemangel warnen und über mangelnde Qualifikation von Bewerbern klagen. Auffallend hoch ist hier der Anteil in der Bevölkerung ohne anerkannte Berufsausbildung. Auch spielen Arbeitsbedingungen und Löhne eine wichtige Rolle bei der Personalsuche. Schon jetzt sind ausländische Beschäftigte deutlich stärker von Befristungen und Leiharbeit betroffen, als deutsche.

Dabei sind Löhne und Arbeitsbedingungen entscheidende Ursachen dafür, dass Stellen unbesetzt bleiben. Schon jetzt arbeiten viele Erwerbstätige aus dem Ausland nicht als Fachkraft, sondern als einfache Helfer, die besonders stark von prekären Beschäftigungsformen wie Befristungen und Leiharbeit betroffen sind.

„Die Bundesregierung dramatisiert wider besseren Wissens den Fachkräftemangel. Ihr Fachkräfteeinwanderungsgesetz steht auf tönernen Füßen. Sie gibt zu, dass die Ursachen der erfolglosen Personalsuche der Unternehmen häufig schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne sind. Schon heute sind Beschäftigte anderer Herkunft besonders stark von prekärer Arbeit betroffen. Ganz offensichtlich will die Bundesregierung an ihrem Geschäftsmodell ‚Dumpinglöhne‘ festhalten und den ohnehin schon immensen Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen weiter erhöhen. Deutschland braucht Zuwanderung. Konkurrenz und Unterbietung auf dem Arbeitsmarkt brauchen wir nicht“, kommentiert Susanne Ferschl die Antwort aus dem Arbeitsministerium und fordert die Bundesregierung auf, „die Rahmenbedingungen entsprechend zu justieren. Wir brauchen unbefristete Arbeit, Tarifverträge und einen Mindestlohn von mindestens 12 Euro. Das schützt alle Beschäftigten“.

www.die-linke.de

TERMINE

Alle Termine stehen unter dem Vorbehalt kurzfristiger Änderungen. Insbesondere bei den Podiumsdiskussionen zum Wahlkampf empfiehlt sich dringend rechtzeitiges Erscheinen (mind. 30 min vorher), um noch einen Sitzplatz zu ergattern.

Mi., 1.5.	10:00 Uhr	Maifest der LINKEN. Amt Krakow am See	Krakow	Seepromenade, Goetheallee 10
Mi., 1.5.	10:00 Uhr	Familienfest zum Tag der Arbeit; ab 10 Uhr auch Demozug vom Doberaner Platz zum Kastanienplatz; 12:45 Uhr Podiumsdiskussion der OB-Kandidaten	Rostock	Kastanienplatz
Do., 2.5.	18:30 Uhr	Sitzung der Kreistagsfraktion	Bad Doberan	Kreisverwaltung Bebel-Str. 3
Sa., 4.5.	10:30-17	Tagung "Für eine neue Bildungsdebatte im Land: Vielfalt macht stark - Inklusion als Chance für ALLE begreifen!"	Rostock	Waldemar Hof
Mo., 6.5.	16:00 Uhr	OB-Podium zum Thema Kunst und Kultur	Rostock	Kunsthalle
7.-28.5.	dienstags 15-18 Uhr	Ausstellung "Willi Bredel will ich nenn' - Ina Wudtke" (Eröffnung 2.5. 18 Uhr)	Hamburg	Ratsmühlendamm 24
Di., 7.5.	18:00 Uhr	OB-Podium Stadtsporthalb	Rostock	Marmorsaal Neptunschwimmhalle
Di., 7.5.	18:30 Uhr	Ehrendes Gedenken zum Tag der Befreiung, mit Prof. Wolfgang Methling	Bad Doberan	Ehrenmal Bachgarten
Mi., 8.5.	17:00 Uhr	Gedenken zum Tag der Befreiung	Rostock	Puschkinplatz
Mi., 8.5.	19:00 Uhr	OB-Podium zum Thema Religion	Rostock	Kirche Häktweg 4
Do., 9.5.	17:30 Uhr	Ehrendes Gedenken zum Tag der Befreiung, mit Prof. Wolfgang Methling	Güstrow	Ehrenmal Plauer Chaussee
Do., 9.5.	18:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: "Kommunal- und OB-Wahl - Wer wählt was mit wieviel Stimmen"	Rostock	Peter-Weiss-Haus, Doberaner Str. 21
Fr., 10.5.	17:00 Uhr	OZ-Wahl-Bahn, Start am Doberaner Platz	Rostock	
So., 12.5.	14:00 Uhr	Frühlingsfest der BO Lambrechtshagen, mit Wenke Brüdgam, Hannes Nehls, Karen Larisch, Wolfgang Methling u.a.	Lambr.	Platz an der Feuerwehr
Di., 14.5.	18:00 Uhr	Forum mit MdEP Helmut Scholz	Broderst.	Zur Mooreiche
Mi., 15.5.	19:00 Uhr	Sitzung des LRO-Kreisvorstandes	Broderst.	Zur Mooreiche
Do., 16.5.	17:00 Uhr	Podiumsdiskussion des DGB zur Kommunalwahl	Rostock	Penta-Hotel Schwaansche Str. 6
Do., 16.5.	18:00 Uhr	OB-Podium OZ + NDR	Rostock	OZ-Gebäude
Fr., 17.5.		Tag gegen Homo- und Transphobie	Rostock	Uniplatz
Fr., 17.5.	16:00 Uhr	RotFuchs: "Kann Venezuela ein zweites Chile 1973 werden?"	Rostock	MGH Evershagen Maxim-Gorki-Str. 52
Fr., 17.5.	15:00 Uhr	Podiumsdiskussion zum OB-Wahlkampf	Rostock	KTC
Fr., 17.5.	16:00 Uhr	"Grillen und Chillen", Grillfest für Genoss*innen und Bürger*innen	Rostock	Stadthafen, Freifläche RSC, neben Besitos
So., 19.5.		Citylauf		
Mo., 20.5.	19:00 Uhr	OB-Wahlforum der OZ	Rostock	Theater des Friedens
Di., 21.5.	16:00 Uhr	Sporttag am Kringelgraben	Rostock-Südstadt	Mehrgenerationen-Spielplatz
Do., 23.5.	19:00 Uhr	Podiumsdiskussion des BUND zur Kommunalwahl, mit Eva-Maria Kröger	Rostock	Peter-Weiss-Haus, Doberaner Str. 21
Mi., 29.5.	18:30 Uhr	Sitzung des LRO-Kreisvorstandes	Kritzkow	"Strike"
Sa., 1.6.		Kinderfest der BO Amt Schwaan	Schwaan	Platz an der Warnowbrücke
Do., 20.6.	18:00 Uhr	Ehrendes Gedenken an Liselotte Herrmann	Güstrow	Goldberger Str. 10
Sa., 22.6.	10:00 Uhr	Landesbasiskonferenz zur Auswertung der Europa- und Kommunalwahlen	N.N.	
Sa., 22.6.	10:00 Uhr	RotFuchs: "Kämpfer für den Frieden" mit Dr. Gabriele Gast	Rostock	MGH Evershagen Maxim-Gorki-Str. 52

Neue Zahlen: Altersarmut größer als bislang angenommen

Wer zukünftig von Altersarmut sprechen will, kommt an den neuen Zahlen nicht vorbei. Denn sie zeigen, dass die Altersarmut in Deutschland größer ist, als bislang angenommen. In der gegenwärtigen Debatte um die Bekämpfung von Altersarmut geht alles durcheinander: In den Talkshows hört man dann immer, dass nur 2,7 Prozent der Rentnerinnen und Rentner arm seien, weil sie in der Grundsicherung im Alter sind. Das sind aber nicht arme Rentnerinnen und Rentner, sondern das sind die sehr armen, die unterhalb des Existenzminimums von weniger als 796 Euro durchschnittlich leben müssen. Wer über Armut im Alter reden will, muss

entweder auf die Daten des Statistischen Bundesamtes (Mikrozensus) oder die der Europäischen Union (EU-Silc) zurückgreifen.

Arm ist nach EU-Definition aber, wer als alleinlebender Mensch in Deutschland weniger als 1.096 Euro im Monat zur Verfügung hat. Wenn wir diese Zahl nehmen, dann sind heute bereits 1,2 Millionen Männer und 1,6 Millionen Frauen Menschen über 65 Jahre in unserem Land als arm zu bezeichnen. 2,8 Millionen Menschen – das ist eine Schande. Dagegen müssen wir dringend etwas tun.

Dem Statistikprofessor Gerd Bosbach und mir war es aber immer ein Dorn im Auge, dass die Altersarmutsquoten des Mikrozensus – der größten und repräsentativsten Haushaltsbefragung des Statistischen Bundesamtes – nur als eine Zahl präsentiert wurden, die Rentnerinnen

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpelinstraße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin, Julia Schlaefer
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

und Rentnern mit Pensionärinnen und Pensionären in einen Topf wirft.

Gemeinsam haben wir deshalb beim zuständigen Landesamt für Statistik in NRW (IT.Statistik) eine getrennte Auswertung der Armutsquoten von Rentner*innen und Pensionär*innen in Auftrag gegeben.

Das Ergebnis ist erschreckend: Die Armutsquoten wurden seit Jahren um bis zu 3,7 Prozentpunkte unterschätzt und das heißt: Fast jeder fünfte Mensch, der in einem Rentner*innenhaushalt lebt, ist arm und muss von einem Einkommen von weniger als 999 Euro (alleinlebend) oder 1499 Euro (zwei Personen-Haushalt) leben. Deshalb gilt jetzt umso mehr: Wir brauchen in Deutschland – wie in vielen anderen OECD-Staaten auch – eine Mindestrente, die ihren Namen verdient! Die von Bundesminister Hubertus Heil vorgeschlagene sogenannte „Grundrente“ wäre allerdings nur ein erster Schritt im Kampf gegen Altersarmut, weil sie ausschließlich das Ziel hat, Menschen mit langen Phasen im Niedriglohnssektor aus der „Grundsicherung im Alter“ herauszuholen. Die Grundsicherungs- oder Sozialhilfeschwelle liegt aber derzeit nur bei 796 Euro. Deshalb fordert DIE LINKE nach dem Vorbild Österreichs eine einkommens- und vermögensgeprüfte „Solidarische Mindestrente“, die sicherstellt, dass im Alter niemand von weniger als 1050 Euro netto leben muss.

Matthias W. Birkwald, www.linksfraktion.de

AKTUELLES

Hochschulmarketing M-V bei MINT-Fächern mangelhaft

Zur Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage „Hochschulmarketing in M-V“ (Drs. 7/3370) erklärt der hochschulpolitische Sprecher der Linksfraktion, Karsten Kolbe:

„Gerade im MINT-Bereich macht sich der Fachkräftemangel bemerkbar. Da läge es nahe, diese Fächer an den Hochschulen des Landes gesondert zu bewerben. Leider lehnt sich die Landesregierung auch hier zurück und verweist stattdessen auf eine inzwischen vier Jahre zurückliegende Kampagne im Rahmen des Hochschulmarketings, die sich nicht einmal speziell mit der Bewerbung von MINT-Fächern beschäftigte. Ambitionen, die Studienanfängerzahlen bei technischen und naturwissenschaftlichen Fächern zu erhöhen, scheint die rot-schwarze Landesregierung ebenfalls nicht zu haben. Stattdessen gibt man sich damit zufrieden,



die Zahlen zu halten und stellt sich mit ca. 20 Prozent Studienanfängerinnen und Studienanfängern im 1. Hochschulsesemester selbst ein gutes Zeugnis aus.

Das Hauptwerbemittel der Landesregierung, die Webseite *studieren-mit-meerwert.de* erwähnt denn auch die MINT-Fächer - quasi versteckt an vorletzter Stelle - nachdem man fast die gesamte Seite heruntergescrollt hat. Ganz stiefmütterlich wird es bei der Anwerbung von jungen Frauen als zukünftige Studierende von MINT-Fächern. Ein eigenes Informationsangebot des Landes fehlt hier komplett. Gerade einmal ein Link führt auf die Webseite *komm-mach-mint.de*, die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung getragen wird.

Repräsentatives und offensives Werben, um junge Menschen und insbesondere Frauen für MINT-Berufe zu interessieren, geht anders. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Studierendenzahlen in M-V rückläufig sind, muss die Landesregierung hier endlich mehr tun.“



Skizzen von Wolfgang Bergt: Krakow am See



Gewinnerin: Schüler der Christophorusschule in Sellin von der Ostseeinsel Rügen haben auf der Deutschen Inselkonferenz auf Helgoland den erstmals verliehenen Umweltpreis mit ihrem Konzept zur Vermeidung von Plastikmüll auf Inseln gewonnen. Wir sagen herzlichen Glückwunsch zum Preis, dem Preisgeld von 1500 Euro und einem dreitägigen Aufenthalt auf einer deutschen Insel.

Verliererin: Der Rostocker FDP-Spitzenkandidat zur Bürgerschaftswahl, Christoph Einfeld, steht wenige Wochen vor der Kommunalwahl im Visier der Staatsanwaltschaft. Dem Geschäftsführer eines Pflegedienstes wird Betrug vorgeworfen.

MONATSZITAT

Der Rostocker Sozialsenator Steffen Bockhahn tritt bei der OB-Wahl für DIE LINKE an: „Ich möchte Rostock zur Bildungshauptstadt Mecklenburg-Vorpommerns machen und den Zusammenhalt in der Stadt stärken. Alle Viertel sollen gleichermaßen lebens- und liebenswert sein.“ (Quelle: NDR.de.de, 28.03.2019 16:48 Uhr)

MONATZAHL

208 516 Rostocker Einwohner
Für die Kommunalwahl am 26. Mai 2019 werden die Daten vom Stichtag 31. Dezember 2017 zugrunde gelegt. Zu diesem Zeitpunkt zählte das Melderegister genau 208 516 Einwohner mit Hauptwohnsitz in Rostock. Das sind knapp 5 000 mehr, als noch zu den vergangenen Wahlen im Jahr 2014.

LYRIK

Loopings
(von Janina Niemann-Rich)

Rosarotflamingopink
I think
In love

Horizonttaumel
(von Janina Niemann-Rich)

Im Himmelblau
der Mond sich drängt
am Lippenrot der Sonne hängt

Arachnophobie
(von Janina Niemann-Rich)

die eigene Angst
sich im Gedankennetz zu verfangen